

Internationales Institut
Libérale Politik Wien



Sozialwissenschaftliche
Schriftenreihe

Internationales Institut
Libérale Politik Wien

China:
Was hat sich seit 1976 ereignet?
Analyse der volkswirtschaftlichen, sozialen und politischen
Implikationen der von Deng Xiaoping
angestoßenen Reformen

von Urs Schöttli

Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe
Reihe Studien

Wien, August 2008

Internationales Institut für Liberale Politik Wien

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE

China: Was hat sich seit 1976 ereignet?

Analyse der volkswirtschaftlichen, sozialen und politischen Implikationen der von Deng Xiaoping angestoßenen Reformen

von Urs Schöttli



Internationales Institut
Liberale Politik Wien

Dr. Urs Schöttli, geboren 1948 in BASEL. Philosophiestudium an der Universität BASEL. 1978 bis 1982 Generalsekretär der Liberalen Internationalen in LONDON, danach bis 1991 Geschäftsführender Vizepräsident.

1983 bis 1989 Südasienkorrespondent der NZZ in DELHI. 1990 bis 1995 Iberien-Repräsentant der deutschen *Friedrich-Naumann-Stiftung*, erst in MADRID und danach in SINTRA, Portugal. Von 1993 bis 1995 ehrenamtlicher Sekretär der *Großeuropakommision*.

1996 Rückkehr zur NZZ, dort bis 1999 Korrespondent in HONGKONG, danach von 1999 bis 2002 Fernostkorrespondent in TOKIO, 2002 bis 2007 China-Korrespondent in PEKING. Seit 2007 wieder Fernostkorrespondent mit Sitz in TOKIO. Mitglied des Vorstands der *Max Schmidheiny-Stiftung*.

Urs Schöttli gehört dem Board Internationaler Konsulenten des *Internationalen Instituts für Liberale Politik* an.

Board internationaler Konsulenten

Prof. Dr. Hüseyin Bagci, Middle East Technical University, Ankara

Prof. Dr. Lothar Höbelt, Universität Wien

Dr. Gottlieb F. Hoeppli, Chefredaktor, St. Gallen

Prof. Dr. Bo Huldt, National Defence College Försvarshögskolan (HS), Schweden

Dir. Andreas Kirschhofer-Bozenhardt, Linz

Prof. Dr. Stefan Pickl, Universität der Bundeswehr München

Prof. Dr. Peter Schmidt, Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin, Universität Mannheim

Dr. Urs Schöttli, Korrespondent, Tokio - Hongkong

Prof. Dr. Peter W. Schulze, Universität Göttingen

Prof. Dr. Andrei V. Zagorski, MGIMO, Moskauer staatliches Institut für internationale Beziehungen

Impressum

Eigentümer und Verleger: Internationales Institut für Liberale Politik Wien

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Sektionschef Hon.-Prof. DDr. Erich Reiter

Alle: A-1010 Wien, Fleischmarkt 18/15

Wien, August 2008

Gesamtherstellung: IILP

ISBN 978-3-902595-21-8

Gefördert aus Mitteln der Republik Österreich
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Die Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe wurde vom Institut für politische Grundlagenforschung
1983 gegründet und 1988 eingestellt.

Sie wird seit 2006 vom Internationalen Institut für Liberale Politik Wien weitergeführt.

Urs Schöttli

China: Was hat sich seit 1976 ereignet?

Analyse der volkswirtschaftlichen, sozialen und politischen Implikationen der von Deng Xiaoping angestoßenen Reformen

Inhalt

Phase I: 1976 bis 1989	6
Die erste Phase der Reformen endete mit der Tragödie vom 4. Juni 1989	11
Phase II: 1989 bis 2003	12
Phase III: Seit 2003	14
Wie sieht die Bilanz 2007 aus? Die Stärken und Schwächen der Volksrepublik China im Olympiajahr 2008	22
Die wirtschaftliche Entwicklung: Fortschritte und Rückschläge	22
Zum traditionellen chinesischen Geschäftsgebaren	26
Zu den staatlichen Finanzinstituten	26
Zu den mangelnden Marktkräften	30
Die soziale Dynamik: Reichtumsgefälle und Korruption	31
Der politische Stau: Die KPC in der Legitimitätsfalle	33
Was bedeutet Chinas wirtschaftlicher Wiederaufstieg für die Welt?	39
Chinas Wiederaufstieg – Chancen und Risiken in der Wirtschaft:	39
Chinas Wiederaufstieg – Chancen und Risiken in der Geopolitik	43
Chinas ureigenes Interesse an einer stabilen Weltordnung	44
Chinas Rückbesinnung auf den Klientelismus	46
Chinas Planung und Chinas Verletzbarkeit	47
Chinas Wiederaufstieg – Chancen und Risiken für die internationale Sicherheit	49
Welchen militärischen Ertrag wirft das chinesische Wirtschaftswunder ab?	50
Wie konstruktiv wird das neu erstarkte China auf der internationalen Bühne operieren?	51
Könnte China bei ernsthaften internen Schwierigkeiten zu externen Abenteuern verleitet werden?	51
Bibliographie	53

China: Was hat sich seit 1976 ereignet?

Analyse der volkswirtschaftlichen, sozialen und politischen Implikationen der von Deng Xiaoping angestoßenen Reformen

Phase I: 1976 bis 1989

Um das Phänomen Deng XIAOPING richtig zu verstehen und seine Führung in den Kontext der chinesischen Geschichte stellen zu können, muss kurz der Blick auf Chinas Schicksal im späten 19. Jahrhundert geworfen werden. China ist im 19. Jahrhundert mit Folgen, die bis weit ins 20. Jahrhundert hinein spürbar sein sollten, ja die eigentlich bis heute noch nicht ganz überwunden sind, zu einer **verwundeten Zivilisation** (*wounded civilisation*) geworden. Schuld daran waren erst die europäischen Mächte, insbesondere **Großbritannien** und **Frankreich** und später dann **Japan**.

Schuld am Niedergang des *Reichs der Mitte* waren aber auch die chinesischen Eliten, insbesondere der Kaiserhof in PEKING. Diese sahen sich nicht nur hilflos den offensichtlich überlegenen Mächten aus Übersee gegenüber, sie verstanden auch nicht den Modernisierungsprozess im benachbarten Japan, der als „**MEIJI Restauration**“ in die Geschichtsbücher eingegangen ist, und verpassten damit die Gelegenheit, es den Japanern rechtzeitig gleich zu tun.

Ein reaktionärer Kaiserhof, der die zaghaften Versuche zur Modernisierung der chinesischen Gesellschaft abblockte, führte das Land an den Abgrund. Als 1911 endlich die letzte Kaiserdynastie vom Thron vertrieben und die Republik ausgerufen wurde, war es schon zu spät für den friedlichen und raschen Aufbau einer neuen, soliden politischen Ordnung. Nur wenige Jahre früher, in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts hätte sich, auf den Gedanken des liberalen Staatsmannes **KANG YOUWEI** (1858-1927) von einer konstitutionellen Monarchie aufbauend, ein modernes Staatsgebilde errichten lassen.

Die Republik war **keine** Fehlgeburt, doch sollte sie von so schwächlicher Konstitution sein, dass ihr kein langes Überleben beschieden war. Auch diente der frühe Tod des Republikgründers **Dr. SUN YAT-SEN** (1866-1925) nicht der Stabilisierung dieses zerbrechlichen neuen Staatsgebildes.

In der Folge brachten der Bürgerkrieg zwischen **CHIANG KAI-SHEKS** (1887-1975) Nationalisten und **MAO ZEDONGS** (1893-1976) Kommunisten sowie die japanische Besetzung China an den Rand des Abgrunds. Als MAO am **1. Oktober 1949** auf PEKINGS *Platz des Himmlischen Friedens* die Volksrepublik China ausrief, war das riesige Land völlig ausgepowert.

Nach all der Zerstörung, nach all dem Chaos und dem jahrelangen Blutvergießen hatte MAO als Gründer des neuen Staates und Friedensbringer präzedenzlose **historische Legitimität**. MAO war zwar nicht gewählt und konnte sich bei seiner Machtübernahme auf keine geltende Verfassung berufen, doch hatte er mit der Staatsgründung sozusagen das **Mandat der Geschichte** auf seiner Seite.

Es ist hier nicht der Ort, die Persönlichkeitsdefekte auszuleuchten, die dazu führten, dass MAO, nachdem er seinem Land eine einigermaßen stabile Ordnung beschert hatte, schließlich zu seinem größten Verhängnis werden sollte. Diese Arbeit haben Jung CHANG und Jon HALLIDAY mit ihrem Buch „*Mao. The Unknown Story*“ in ausführlicher und kompetenter Weise getan. Mit dem „**Großen Sprung nach vorn**“ (1958-1961) und mit der „**Großen Kulturrevolution**“ (1966-1976) sollte der megalomane „*Große Vorsitzende*“ das uralte Kulturvolk an den Rand des Untergangs steuern.

Blickt man zurück auf das Jahr **1976**, in dem MAO das Zeitliche segnete, die „*Viererbande*“ entmachtet und der Wahnsinn der „*Großen Kulturrevolution*“ beendet wurde, so liegt der Schluss nahe, dass all das immense Leid, das China seit der vorletzten Jahrhundertwende hatte durchstehen müssen, vergeblich war. Die Chance, mit einem neuen Staat und einer neuen Gesellschaft endlich den Sprung in die Moderne zu schaffen, den man Ende des 19. Jahrhunderts fatalerweise verpasst hatte, war ein weiteres Mal vertan und in eine ungewisse Zukunft aufgeschoben worden.

Es ist an dieser Stelle nötig, kurz auf die Frage einzugehen, ob denn MAO nicht ein Opfer der Zeitumstände war und ob er angesichts des historischen Ballasts, der auf der chinesischen Gesellschaft lastete, überhaupt eine andere Option gehabt hatte, als diejenige, die er schließlich wählen sollte. Im Falle der „*Großen Kulturrevolution*“ ist es weniger schwierig, eine Antwort zu finden, als im Falle des „*Großen Sprungs nach vorn*“.¹

Der „*Große Sprung nach vorn*“ war ökonomischer Wahnsinn und war nicht Chinas gottgewolltes Schicksal. Die Führung der Volksrepublik hätte einen anderen Weg wählen können, um das Land aus der wirtschaftlichen Misere, in die es durch Krieg und Bürgerkrieg hinein getrieben worden war, zu befreien. Es ist wahr, dass das Vorbild der stalinistischen Industrie- und Gesellschaftspolitik um jene Zeit nicht nur in China, sondern auch bei Indiens erstem Ministerpräsidenten Jawaharlal NEHRU große Attraktivität besaß.

Die Advokaten der erzwungenen Industrialisierung und vor allem der *Kulakenverfolgung*,² die es in der Sowjetunion und in der Volksrepublik, nicht jedoch in Indien gab, hatten nicht die allein seligmachende Wahrheit gepachtet. Sowohl in der UdSSR als auch in China gab es einflussreiche Kräfte, die einen anderen, rationaleren Gang der wirtschaftlichen Modernisierung forderten. Sie wurden indessen im Machtkampf zerrieben, in einem **Machtkampf**, der nicht in erster Linie um die Wirtschaft, sondern um das **absolutistische, totalitäre Gewaltmonopol** ging. Es kommt nicht von ungefähr, dass STALIN und MAO mit ungefähr dem gleichen Zeithorizont nach ihrer jeweiligen Machtübernahme den *Kulakenterror* lostraten.

In beiden Fällen, in der Sowjetunion wie in der Volksrepublik verursachte die **Zwangsindustrialisierung** und die **Kulakenverfolgung** eine Massenhungersnot. Im Jahre 1958 lancierte MAO den „*Großen Sprung nach vorn*“, der mit einer völlig realitätsfremden Landwirtschafts- und Industriepolitik das *Reich der Mitte* in die schwerste Wirtschaftskatastrophe seiner Geschichte stürzte. Als der „*Große Sprung*“, der auch den Bruch PEKINGS mit MOSKAU begleitete, 1960 schliesslich abgebrochen werden musste, hatte MAOs „Experiment“ Dutzenden von Millionen

Menschen das Leben gekostet. Um sich zu retten und von der Verantwortung am großen Desaster abzulenken, veranstaltete STALIN wenige Jahre später den „*Großen Terror*“, und MAO löste ebenfalls wenige Jahre später die „*Große Kulturrevolution*“ aus.

Bekanntlich fand die „*Große Kulturrevolution*“ im Ausland große Beachtung und bei linksalternativen Kreisen eine respektable Gefolgschaft. Viele der 68-er schwenkten MAOs rotes Büchlein und ließen die Kulturrevolution hochleben. Noch heute steht eine Entschuldigung für dieses fehlerhafte, verantwortungslose und letztlich zutiefst rassistische Verhalten aus. Man kann nicht leichtfertig behaupten, man sei naiverweise dem „*Großen Vorsitzenden*“ auf den Leim gekrochen, habe nichts von den Gräueltaten, die von den Kulturrevolutionären angerichtet wurden, gewusst. Natürlich hatte man damals nicht Zugang zur Fülle der Informationen, die im Buch von Jung CHANG und Jon HALLIDAY enthüllt werden, doch bekannt war schon damals, dass unzählige Menschen verfolgt, erniedrigt oder gar getötet wurden und dass unschätzbare Kulturschätze vorsätzlich zerstört wurden.

Es ist somit klar, dass es an der „*Großen Kulturrevolution*“ nichts zu beschönigen und zu verteidigen gibt. Dies entbindet einen im Nachhinein indessen nicht, auf die Rahmenbedingungen einzugehen, wegen denen das Verhängnis seinen Verlauf nehmen sollte. Im Zentrum stand eindeutig die machtpolitische Taktik MAOs, der nach dem Desaster des „*Großen Sprungs nach vorn*“ seine Alleinherrschaft bedroht sah. Inwiefern diese Furcht auch einem pathologischen Misstrauen entsprang, ist von einem Außenstehenden kaum zu eruieren.

Doch darüber hinaus gab es auch Sachzwänge, die seit der Errichtung der Volksrepublik bestanden hatten. MAO war der Ansicht, dass, obschon die Kommunistische Partei den Bürgerkrieg gewonnen hatte, auch nach der Etablierung der Volksrepublik die alten Praktiken und traditionellen Werte der chinesischen Kultur und Zivilisation, die ihm zutiefst verhasst waren, weiterhin ihre Geltung behalten hatten. Solange dies der Fall war, so MAOs Überzeugung, hatte es keinen wirklichen, wahrhaft revolutionären Neubeginn in China gegeben.

In Tat und Wahrheit war MAO ZEDONG kein Marxist im westlichen Sinne, sondern ein **Legalist, ein rabiater Antikonfuzianer**. Es handelt sich bei dieser Unterscheidung nicht um esoterische Wortspaltereien, sondern um einen wichtigen Hinweis nicht nur auf das Wesen von MAOs Herrschaft und Missetaten, sondern auch auf die nachfolgenden Korrekturen, die im Rahmen der Reformen von DENG XIAOPING vollzogen werden sollten.

In der dekadenten Spätphase ihrer Herrschaft hatte sich die CHING Dynastie sehr ausgeprägt auf den *Konfuzianismus* berufen. Es handelte sich dabei, wie es häufig in der chinesischen Geschichte geschehen ist, um einen schlichten Missbrauch des *Großen Weisen* zu eigenen dynastischen Machtzwecken. Dies änderte jedoch nichts daran, dass **KONFUZIUS** bei den Modernisierungskräften, welche die CHING Dynastie nicht ohne Grund für den Niedergang Chinas verantwortlich machten, dadurch in Misskredit geriet. In den Augen der Modernisierer musste China die Werte und Verhaltensregeln des *Konfuzianismus* über Bord werfen. **Der Große Weise wurde als Reaktionär und als Hauptverantwortlicher für Chinas Misere** gebrandmarkt. Es war dies nicht nur die Haltung der Kommunisten und insbesondere MAO ZEDONGS, sondern auch die Ansicht von moderaten, liberalen Kräften.

In der Tat war der *Konfuzianismus* in der Spätphase der letzten Kaiserdynastie zu einer Bürde für das Land geworden. Darob geriet allerdings in Vergessenheit, dass große Kaiser, die dem Lande im 17. und 18. Jahrhundert lange Epochen von Frieden und Wohlstand beschert hatten, sich ebenfalls auf den *Konfuzianismus* berufen hatten. Zu den Eigenheiten der Lehre von KONFUZIUS gehört, dass sie sehr ausgeprägt auf das Diesseits fokussiert ist. Der *Große Weise* hat sich für Fragen der Metaphysik und Spekulationen darüber, was nach dem Tode kommt, kaum interessiert.

Es ist diese **innerweltliche Selbstbeschränkung des Konfuzianismus**, der ja auch keine Religion, sondern viel eher eine Weisheitslehre ist, die hinter dem sehr **ausgeprägten Pragmatismus der Chinesen** steht. Es ist wiederum dieser Pragmatismus, der die Chinesen zu wendigen Händlern und geschickten Unternehmern macht.

MAO mag seine Kampagne gegen den *Konfuzianismus* mit marxistischen Slogans verbrämt haben, Tatsache ist, dass ökonomische Wahnideen, wie sie im Rahmen des „*Großen Sprungs nach vorne*“ in die Tat umgesetzt wurden, einer ideologischen Verwerfung des traditionellen chinesischen Pragmatismus entsprachen. Die „*capitalist roaders*“, wie alle, die sich dem sozialistischen Radikalismus MAOs nicht anschlossen, mit häufig gravierenden Folgen für Leib und Leben abqualifiziert wurden, waren die Protagonisten des Pragmatismus. Sie akzeptierten eine komplexe wirtschaftliche und soziale Wirklichkeit, in welcher sich der marxistische Purismus nicht umsetzen ließ.

Die „**Große Kulturrevolution**“ war nun der gigantische Versuch MAOs, die **Wurzeln des Konfuzianismus ein für allemal auszurotten**. Vor diesem Hintergrund lässt sich auch die brutale **Zerstörung der Familie** verstehen, die beispielsweise hinter der Kampagne stand, die Kinder ins Kollektiv aufs Land zu schicken oder sie gegen ihre eigenen Eltern und Großeltern aufzuhetzen. Die Familie, der Clan ist das Fundament des *Konfuzianismus*. Anders als bei Religionen genügte es deshalb bei der Bekämpfung des *Konfuzianismus* nicht, die Tempel zu schließen, die Priester zu verfolgen und Bücher zu verbrennen. Man musste die Familie, in deren ausgeklügelter Regelung der Pflichten sich der *Konfuzianismus* verewigt hatte, zerstören.

Zehn lange Jahre wütete die „*Große Kulturrevolution*“. Noch heute leidet China im Bildungsbereich unter den fatalen Spätwirkungen der Zerstörung, die in jenen Jahren angerichtet wurde. Ganze Generationen des akademischen Mittel- und Oberbaus sind damals ausgefallen. Als MAO 1976 starb und die „*Viererbande*“ beseitigt wurde, war das Land völlig ausgepowert, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell. Die MAO-Biographie von Jang CHUNG und Jon HALLIDAY verweist richtigerweise nicht nur auf die Heerscharen von Toten, die der Wahnsinn gekostet hatte, sondern auch auf die Dutzenden von Millionen die mental geschädigt wurden.

Zwar wird in der offiziellen Geschichtsschreibung die „*Große Kulturrevolution*“ als eine Verirrung MAOs bezeichnet und viele prominente Opfer sind in den letzten Jahrzehnten rehabilitiert worden. Dies ändert nichts an der Tatsache,

dass **die vollständige Aufarbeitung der Ereignisse während der „Großen Kulturrevolution“ noch immer aussteht.** Dass MAOs Verbrechen ohne Wenn und Aber kritisiert werden, wird so lange nicht eintreten, als der „Große Vorsitzende“ im Sarkophag auf dem *Platz des Himmlischen Friedens* ruht und sein Portrait über dem Eingang zur *Verbotenen Stadt* hängt, mit anderen Worten, so lange es keine *Ent-Maosierung* gegeben hat. Es wäre dies übrigens ein viel schwierigeres Unterfangen als die *Ent-stalinisierung* in der Sowjetunion. Dort hatte man nach der Beseitigung STALINs aus dem Pantheon immerhin noch den Republikgründer LENIN. Im Falle MAOs handelt es sich um den Republikgründer selbst, das heißt, so er als Massenverbrecher diskreditiert wird, würde das **Fundament der Volksrepublik in Frage gestellt.**

Doch gibt es noch eine weitere Spätfolge der „Großen Kulturrevolution“, die der selbstkritischen Aufarbeitung harret. Erst vereinzelt und dies vor allem im privaten Rahmen hat man die Frage gehört, wann denn all die Menschen, die sich an den Untaten beteiligten und die häufig nicht auf Geheiß des „Großen Vorsitzenden“, sondern mit ureigenem Enthusiasmus an der Zerstörung von Kulturgütern, an der Erniedrigung oder gar Tötung von Universitätsprofessoren teilnahmen, auch zur Rechenschaft gezogen würden. Dabei geht es nicht um Massenprozesse, sondern allein um die selbstkritische Auseinandersetzung mit den eigenen Taten und Unterlassungen während einer dunklen Zeit in der Geschichte der Volksrepublik. Vom moralischen Gesichtspunkt ist es höchst fragwürdig, einfach alle Schuld auf den „Großen Vorsitzenden“ abzuwälzen, ihn praktisch zum Sündenbock für die ganze Nation zu machen.

Es ist wichtig, all diese Hintergründe präsent zu haben, um zu verstehen, **welches Land, welches Volk DENG XIAOPING in den späten siebziger Jahren, als er die Reformen anstieß, vorfand.** Die erste Phase der Modernisierung Chinas, welche die Jahre 1976 bis 1989, die Zäsur mit dem demokratischen Frühling, umfasst, stand noch ganz im Schatten der Untaten des „Großen Vorsitzenden“. Erst musste der Schutt abgetragen werden, bevor überhaupt an eine Normalisierung zu denken war.

DENG hat für sein Wirken den Pragmatismus zur Richtgröße gemacht. Für eine Rückbesinnung auf die Werte des KONFUZIUS war China damals, in der Frühzeit der Reformen offensichtlich noch nicht reif. Dies sollte erst viel später, nach der Machtübernahme der vierten Führungsgeneration von Hu JINTAO und WEN JIABAO, folgen. Doch der **DENG'sche Pragmatismus** sollte schon bald in der Wahl der Mittel, wie China aus dem Desaster des *Maoismus* befreit werden konnte, sichtbar werden.

DENG erkannte richtig, dass China, auf sich selbst gestellt, nicht die Kraft und die Ressourcen hatte, sich aus der Misere zu befreien. Er erkannte auch, dass die Abkehr von der totalen Planwirtschaft nicht über das ganze Riesenreich hinweg gleichzeitig erfolgen konnte. Die erste Erkenntnis veranlasste ihn, eine begrenzte Öffnung Chinas zur Außenwelt anzukündigen. China benötigte Kapital und Technologie aus dem Ausland, um seine darniederliegende Industrie zu modernisieren, und es brauchte ausländische Absatzmärkte für die neuen Produkte, da es auf dem Heimmarkt praktisch keine Kaufkraft gab. Selbst in den Metropolen GUANGZHOU, PEKING und SCHANGHAI waren die Menschen bitterarm.

Damit zu jenem Zeitpunkt überhaupt ausländische Investoren und Unternehmer nach China kommen würden, musste man ihnen besondere Rahmenbedingungen anbieten. Dies erreichte **DENG XIAOPING** (1904 bis 1997) mit der Errichtung von **wirtschaftlichen Sonderzonen**, in denen exklusiv ausländische Firmen sich niederlassen konnten und die ausschließlich für den Export produzierten. In kurzer Zeit begannen diese Sonderzonen zu florieren und brachten damit dem Land nicht nur wertvolle Devisen, sei es in der Form von ausländischen Direktinvestitionen, sei es in der Form von Exporten. Sie waren auch ein Vorbild dafür, was China erreichen konnte, wenn es sich von *maoistischen* Dogmen löste und wenn auch nicht eine Marktwirtschaft, so doch eine verstärkt auf Preis- und Profitanreize ausgerichtete Wirtschaftsordnung etablierte. Diese Erfolgsausweise waren nicht für die großen Massen gedacht, sondern richteten sich an die Adresse der Kader, die DENG und seinen Reformen skeptisch gegenüber standen.

Heute in der Rückschau erscheinen die Entwicklungen der Nach-MAO-Zeit alle ihren geregelten Ablauf genommen zu haben. Es erscheint, als ob es zu den DENG'schen Reformen keine Alternative gab. Dies ist natürlich falsch. **Die Kommunistische Partei Chinas war damals und ist auch heute nicht ein Monolith.** Auch wenn nach außen ein Bild der Geschlossenheit präsentiert wird, so ist jedermann klar, dass es in dieser riesigen Partei unterschiedliche Strömungen gibt. Es mögen sich die Parameter im Laufe der Zeit ändern, doch kann davon ausgegangen werden, dass es in der KPC generell drei Denkrichtungen gibt, jene der Modernisierer und der **reformorientierten Kader**; jene der **Systemkonservativen** und jene der **Opportunisten**, die sich danach richten, in welche Richtung jeweils der Wind dreht.

Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass DENG mit seinen Reformen auf den Widerstand und das Misstrauen der Systemkonservativen stieß. Ihm kam bei seiner Reformstrategie zu gute, dass dem ganzen Land, vor allem aber auch den Kadern der KPC, die Schrecken und Entbehrungen der „*Großen Kulturrevolution*“ noch immer in den Knochen saßen. Auch konnte DENG darauf hinweisen, dass er selbst zu den Opfern der Willkür und des ökonomischen Wahnsinns von MAO ZEDONG gehört hatte. Schließlich diente ihm auch, dass er selbst am „*Langen Marsch*“ teilgenommen hatte und ein wichtiger Mitstreiter im Kampf gegen die Nationalisten und bei der Errichtung der Volksrepublik gewesen war.

Doch um das Land aus der totalen Rückständigkeit, in der es MAO zurück gelassen hatte, zu befreien, genügte nicht nur physische Anstrengungen und Propaganda, es musste auch **in den Köpfen der Menschen viel bewegt** werden, **ohne** dass es zu einem Systemkollaps kam. Als DENG die Reformen anstieß, lagen die monumentalen Ereignisse, welche die Sowjetunion zum Einsturz und den Ostblock zum Verschwinden bringen sollten, noch weit in der Zukunft. **DENGs Vorgehen bei der Reform einer kommunistischen, zentralistischen Planwirtschaft hatte keine Vorläufer**, keine Vorbilder und niemand wusste, wo die Reise hingehen würde.

Vor diesem Hintergrund wählte DENG einen **sehr vorsichtigen Kurs**. DENG visierte **keine**

politischen Reformen an und er sorgte mit den exklusiven Wirtschaftszonen dafür, dass der „*kapitalistische Bazillus*“ unter Quarantäne gehalten wurde. In den Weiten der Volksrepublik, bei

ihren Massen und ihren im Staatsbesitz befindlichen Monopolindustrien sollte sich vorerst nichts ändern. Die traditionellen Produktionsmethoden in der Schwerindustrie und die traditionellen Verwaltungsstrukturen blieben unverändert bestehen. Doch im Denken der Eliten bereitete DENG den Umschwung vor. Sein Slogan „**reich zu werden, ist wunderbar**“ war nicht bloß als amüsante Formel gedacht. Dahinter steckte eine viel weiter reichende Absicht. Nachdem über Jahre hinweg, das Reichwerden als verabscheuungswürdig, als konterrevolutionär geächtet worden war, wurde nun von oberster Warte erklärt, dass Reichwerden, und zwar nicht bloß im Kollektiv, sondern auch als Einzelner, etwas Erstrebenswertes ist.

Die erste Phase der Reformen von 1976 bis 1989 wurde durch zwei Schwerpunkte geprägt. Zum einen konzentrierte sich China auf die interne Entwicklung und **nahm von seiner maoistischen Rolle als Vorhut der Weltrevolution**, als Protagonistin des *Kriegs der Hütten gegen die Paläste* **Abschied**. Dies führte zu einer erheblichen Verbesserung der Beziehungen der Volksrepublik mit den Vereinigten Staaten. Bekanntlich war noch unter MAO ZEDONG von KISSINGER und NIXON eine weit reichende Umpolung der amerikanischen Ostasienpolitik eingeleitet worden, die schließlich 1979 in der **Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen WASHINGTON und PEKING** kulminieren sollte. Für die USA war die markante Verbesserung der Beziehungen zu China ein wichtiger Eckpfeiler in der globalen Rivalität mit der Sowjetunion. Die Tatsache, dass China wegen seiner langen Landgrenze mit der Sowjetunion ein Interesse an der Eindämmung der Sowjetmacht hatte, wurde von den USA für ihre eigenen Ziele im Kalten Krieg eingesetzt.

Ohne die Normalisierung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen hätten die Reformen von DENG XIAOPING kaum eine Chance gehabt. Wie erwähnt benötigte die ausgepowerte Volksrepublik die wirtschaftliche Öffnung gegenüber dem Ausland. Es ist offensichtlich, dass es

für solch eine Öffnung keine Chancen gegeben hätte, wenn PEKING von WASHINGTON nach wie vor als die Vorhut der Weltrevolution betrachtet und bekämpft worden wäre.

Zum Zweiten kam den Reformbemühungen die generelle **Ideologiemüdigkeit** einer durch die Entbehrungen der MAO-Jahre erschöpften Bevölkerung zustatten. Zwar ging DENG, der während der „Großen Kulturrevolution“ zusammen mit seiner Familie zu den Verfolgten und Erniedrigten gehört hatte, nicht so weit, den „Großen Vorsitzenden“ vom Podest herunter zu holen, doch die Verhaftung der „Viererbande“ und die unzweideutige Führungsrolle DENGs, der die Stellung eines „elder statesman“ und der höchsten Autorität im Staate übernommen hatte, waren klare Indizien, dass der *Maoismus* endgültig der Vergangenheit angehörte.

Die erste Phase der Reformen endete mit der Tragödie vom 4. Juni 1989

Der tragische Verlauf der Dinge im „*demokratischen Frühling*“ von 1989 ist bekannt. Dass die ganzen Proteste mit einem Blutbad endeten, lastet als schwerwiegender historischer Makel auf der Herrschaft der KPC. Eines Tages wird sie darüber dem chinesischen Volke Rechenschaft ablegen und Reue zeigen müssen. Es kann dies noch Jahre oder auch Jahrzehnte dauern, doch an einer Aufarbeitung des *Tiananmen Massakers* führt nichts vorbei, ebenso wenig an der Aufarbeitung der Untaten unter MAO ZEDONG.

Aus der Perspektive von DENG XIAOPINGS Reformen war 1989 eine gefährliche Zäsur, von der man in einer ersten dramatischen Phase nicht wusste, ob sie nicht den ganzen Reformprozess zum Entgleisen bringen würde. Im Nachhinein ist klar, dass der Bruch ohne größeren Flurschaden überwunden werden konnte. Von reformpolitischer Relevanz waren zwei Sachverhalte: die innere soziale Lage und die internationale Situation im Jahre 1989.

Schon in der ersten Phase der Reformen war erkennbar, dass diese **nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer** schaffen würden. Noch war 1989 das Reichtumsgefälle, das in einer späteren Reformphase an Bedeutung

gewinnen sollte, kein Thema. Vielmehr ging es um die **Inflation**. Bei den Protesten, die nicht nur in PEKING, sondern auch in zahlreichen anderen chinesischen Städten im Frühling 1989 stattfanden, ging es nicht nur um demokratische Anliegen. Auch entstammten die Protestler nicht nur dem studentischen Milieu. Viele gingen auf die Straße, weil sie gegen die Preissteigerungen demonstrieren wollten, und viele der Demonstranten gehörten zur Arbeiterschaft, ein Faktum, das zur besonderen Nervosität in der Führung Anlass gab.

Im Mittelpunkt von Reformen in einer kommunistischen Staatswirtschaft steht die Preisreform. Zu den Hauptgründen, weshalb der **Kommunismus** in wirtschaftlicher Hinsicht versagte und in jedem Fall seiner Anwendung in den Ruin führte, gehört, dass er **nie die Preismechanismen verstanden** hat. Man mag den **Markt** als unmoralisch oder darwinistisch verunglimpfen und bekämpfen, es führt nichts daran vorbei, dass er mit all seinen Mängeln der einzige Weg ist, **zu einer effizienten Allokation von knappen Gütern** zu gelangen. Gibt es keinen Markt, so lassen sich die angemessenen Preise nicht eruieren. Die Folge davon ist eine gigantische Verschwendung von knappen Ressourcen, sowohl materiellen als auch menschlichen Ressourcen.

Schwierig ist jedoch, aus einer Wirtschaft mit totaler Staats- und damit auch Preiskontrolle in eine Volkswirtschaft mit Preismechanismen und privaten Bewegungsspielräumen zu gelangen. Im Falle Chinas gerieten die Preise außer Kontrolle und die hohe Inflation löste zunehmend Unzufriedenheit unter der Bevölkerung aus. Dazu muss man wissen, **dass in der chinesischen Geschichte Inflation mit dem Niedergang einer Dynastie oder einer bestehenden Ordnung in Zusammenhang gebracht wird**. Dies war der Fall in der Spätzeit der CHING Dynastie. Es war aber auch der Fall während des Bürgerkriegs. Dass die Nationalisten von CHIANG KAI-SHEK die Inflation nicht unter Kontrolle bringen konnten, kostete sie den Sieg im Bürgerkrieg.

DENG und seine Reformer wussten natürlich sehr wohl um die Sprengkraft der Inflation, weshalb sie dem harten Durchgreifen der Ordnungskräfte ungeachtet aller Risiken und

Verluste an Prestige die Zustimmung gewährten. Natürlich drängten die Falken in der KPC darauf, dem „*Spuk auf dem Tiananmen Platz*“ ein rasches Ende zu bereiten. Doch gibt es inzwischen genügend Indizien dafür, **dass DENG XIAOPING höchstpersönlich die Gewaltaktion gegen die Demonstranten auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“ anordnete.**

Doch gab es zu jenem Zeitpunkt noch einen externen Faktor, der die **Führung in PEKING schwer beunruhigen musste, und zwar die Ereignisse im europäischen Ostblock und in der UdSSR.** Der Fall des kommunistischen Regimes in der DDR und insbesondere das blutige Ende der CEAUSESCUS in Rumänien sandte Schockwellen nach PEKING. **DENG bezeichnete ganz offen GORBATSCHEWs Reformpolitik als eine „Gefahr aus dem Norden“ für China.** Unter den chinesischen Modernisierern, die es nicht bei Wirtschaftsreformen belassen wollten, sondern die auch eine politische Erneuerung der Volksrepublik anstrebten, besaß GORBATSCHEW natürlich besonderen Goodwill.

DENG XIAOPING, geprägt durch die Verheerungen des chinesischen Bürgerkriegs und der „Großen Kulturrevolution“, sah die russischen Reformen als Gefahr, weil sie seiner Meinung nach am falschen Ende ansetzten. Es ging gemäß DENG nicht darum, die politischen Strukturen zu erneuern, sondern vorrangig die Wirtschaft auf Vordermann zu bringen. Gerade da Wirtschaftsreformen eine so schwierige Aufgabe sind, bedarf es einer starken Führung. Auf keinen Fall durfte nach DENGs Meinung eine so wichtige Phase der wirtschaftlichen Erneuerung durch politisches Chaos behindert oder gar verunmöglicht werden. Gerade dies sah DENG jedoch in der UdSSR geschehen, deren

spätere Auflösung ihn in der Richtigkeit seiner Meinung nur noch zusätzlich bestärken sollte.

Auf die schwierige Frage nach dem Zusammenhang von politischer und wirtschaftlicher Erneuerung kann es drei Antworten geben: den absoluten Primat der Wirtschaftsreformen, den Vorrang der politischen Reformen und die Gleichzeitigkeit von politischem und ökonomischem Reformprozess. Es scheint, so man angesichts des prekären Kenntnisstandes über Interna der KPC sich überhaupt eine Meinung bilden kann, dass **ZHAO ZIYANG, der über den demokratischen Frühling 1989 stürzen sollte, die Gleichzeitigkeit der Reformprozesse zumindest im Ansatz anstrebte.** Auf jeden Fall hatte ZHAO erkannt, dass eine rein wirtschaftliche Öffnung der Volksrepublik nicht ausreichte, sondern dass auch die von der KPC dominierten politischen Machtstrukturen einer Überholung bedurften, die in Richtung mehr Partizipation und mehr Rechte der Bevölkerung münden sollte. Zumindest strebte er eine weniger absolutistische Stellung der KPC an.

Der Ausgang der Tragödie ist bekannt: DENG obsiegte, ZHAO musste gehen und ein Neuer, der **SCHANGHAIER Parteichef JIANG ZEMIN,** wurde an die Spitze der Partei geholt. Da DENG auch nach dem brutalen Vorgehen auf dem „*Platz des Himmlischen Friedens*“ (*Tiananmen Platz*) im Interesse einer Fortführung seiner Reformen keine Selbstabschließung der Volksrepublik wünschen konnte, sondern auf weiterhin gedeihliche Beziehungen insbesondere mit den USA setzen musste, hatte er dafür zu sorgen, dass der neue Mann an der Spitze nicht allzu kompromittiert war. Jedenfalls durfte er nicht das Blut der Demonstranten auf dem *Tiananmen Platz* an seinen Händen haben. Im **SCHANGHAIER Parteichef, der in seinem Wirkungsbereich die Demonstrationen auf friedliche Weise gehandhabt zu haben scheint, fand DENG den geeigneten Mann.**

Phase II: 1989 bis 2003

Die zweite Phase der von DENG XIAOPING betriebenen Reformen hatte natürlich mit der von den internationalen Medien festgehaltenen Tragödie auf dem *Tiananmen Platz* einen **denkbar schlechten Start.** Nach der Katastrophe hatte die KPC zwei Alternativen: das ganze Reformvorhaben abzublasen oder die Reformen erst recht voranzutreiben, wohlverstanden allein

im wirtschaftlichen und nicht im politischen Bereich. Viele der Falken in der KPC sahen die Notwendigkeit, gegen die Feinde der Revolution vorzugehen, und wählten die *Zäsur vom 4. Juni 1989* als den geeigneten Augenblick, das Rad der Zeit zurück zu drehen. Es darf nicht vergessen werden, dass es unter den Manifestanten auf dem „*Platz des Himmlischen Friedens*“ neben den

Studenten und den unzufriedenen Arbeitern noch eine dritte Gruppe gab – die **Agents Provocateurs**. Die Gegner der Reformen von DENG XIAOPING haben die Proteste im Frühling 1989 sicher nicht ausgelöst, doch waren sie nur allzu bereit, die Unrast für die Förderung ihrer eigenen, retrograden Absichten zu nutzen. **Sie sahen die Demonstrationen als einen schweren Rückschlag für DENG XIAOPING als ein Fanal für eine Gegenreaktion der Systemkonservativen.** Im Grunde genommen war es den *Agents Provocateurs* mehr als recht, wenn die Dinge außer Kontrolle gerieten und nur noch die Option eines Militäreinsatzes übrig blieb.

Alle hatten indessen nicht mit der Beweglichkeit von DENG XIAOPING gerechnet. DENG besaß eine Reihe von Trumpfkarten, die auch durch die Niederschlagung der Proteste in ihrem Wert nicht vermindert wurden. DENG war der Patriarch, der auf dem „*Langen Marsch*“ zusammen mit MAO ZEDONG gekämpft hatte und der später sich nicht scheuen sollte, sich in Grundsatzfragen gegen den „*Großen Vorsitzenden*“ zu stellen und dafür auch Erniedrigung und Verfolgung einzuheimen. DENG konnte dieses Kapital, das ihn in der Sicht vieler Chinesen entweder akzeptabel oder zumindest, im Vergleich mit den anderen Optionen, als das kleinere Übel erscheinen ließ, nutzen. Dank seinem revolutionären Hintergrund konnte DENG seinen Einfluss auch ins Lager der Systemkonservativen ausdehnen. Die Reformer hatte er ohnehin auf seiner Seite, auch wenn selbstverständlich die Protagonisten von politischen Reformen sich enttäuscht und erbittert von ihm abwandten.

DENG hatte auch deshalb scharf gegen die Proteste durchgegriffen, weil er als nun 85-Jähriger nicht noch einmal ganz von vorne beginnen wollte. Eine zweite Kulturrevolution war das letzte, was sich der kleine Mann aus SICHUAN für seinen späten Lebensabend noch wünschen konnte. Dennoch, trotz aller demonstrativen Kontinuität war 1989 eine Bruchstelle in der neueren chinesischen Entwicklung. Man musste sich erst einmal von dem Schock erholen und die Maßnahmen ergreifen, welche die nichtpolitischen Ursachen der Unrast im demokratischen Frühling, beispielsweise die Inflation beseitigen konnten.

JIANG ZEMIN, der nun die Partei führte, hatte nicht die persönliche Souveränität, den Reformprozess auf sich selbst gestellt fort zu führen. Eigentlich hatte **LI PENG**, der 1987 zum Ministerpräsidenten ernannt worden war, erwartet, an die Parteispitze gehievt zu werden. Doch wurde er als „*Schlichter vom Tiananmen*“, zum Sündenbock deklariert, um von DENG abzulenken, und war natürlich mit diesem Ballast nicht mehr der geeignete Mann, die neue Epoche nach der Niederschlagung des demokratischen Frühlings einzuläuten.

Bis in die allerletzten Lebensjahre von DENG XIAOPING sollte JIANG ZEMIN im Schatten des Patriarchen stehen. Das Schicksal wollte es, dass der Altmeister der Reformen in dem Jahr starb, welches HONG KONG nach über 150 Jahren britischer Herrschaft unter chinesische Hoheit zurückkehren sah. Die Formel des „**ein Land, zwei Systeme**“, die HONG KONG auf zunächst fünfzig Jahre hinaus eine hohe rechtliche Autonomie zubilligt, war eine Idee des Pragmatikers DENG XIAOPING gewesen, die dieser in Verhandlungen mit der britischen Premierministerin Margaret THATCHER ausgehandelt und implementiert hatte.

Bis zu seinem schrittweisen Rücktritt von allen hohen Ämtern in den Jahren 2002/4 sollte JIANG ZEMIN in einem **Triumvirat** der kollektiven Führung fungieren müssen. Als Generalsekretär der KPC, der 1993 auch noch das Amt des Staatspräsidenten übernahm, war JIANG ZEMIN zwar der „*Primus inter pares*“, doch war jedermann in China klar, dass LI PENG, erst als Ministerpräsident und sodann als Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses (Chinas Legislative), großen Einfluss besaß und dass Ministerpräsident **ZHU RONGJI**, ebenfalls mit SCHANGHAIER Basis, der Wirtschaftsfachmann und kompetente Exekutor der Wirtschaftsreformen war.

1992, drei Jahre nach der Katastrophe von 1989, sollte der hochbetagte **DENG XIAOPING mit einer symbolträchtigen Inspektionsreise in den Süden** Chinas noch einmal einen entscheidenden Anstoß zur Fortführung und Umsetzung der Reformen geben. Das letzte Mal in seinem langen Leben bewies DENG sein wahrlich außerordentliches Führungstalent. Die Reise war das Fanal gegen all diejenigen Kräfte, die ver-

suchten, entweder die Reformen zurückzubinden oder sie in ihrer Geschwindigkeit und Reichweite kräftig zurück zu stützen.

Nach dem Imprimatur durch den „*Reformkaiser*“ konnten die Reformkräfte wieder ihre volle Dynamik entfalten. In den kommenden Jahren bis zum Rücktritt der so genannten dritten Führungsgeneration in den Jahren 2002/3 sollten sich die Öffnung, Internationalisierung und Modernisierung der chinesischen Wirtschaft und das Wirtschaftswachstum drastisch beschleunigen. Aus späterer Sicht wurde dies zur Phase des **Wachstums um jeden Preis**. Offensichtlich waren sich die Modernisierer in der KPC bewusst, dass mit einer raschen Verbesserung der Lebensstandards in den großen städtischen Agglomerationen die Wunden von 1989 wenn nicht geheilt, so doch wirksam überdeckt werden konnten.

Das Entstehen eines urbanen Mittelstandes förderte die Entpolitisierung. Die Menschen

konzentrierten sich nun darauf, die plötzlich entstandene, riesige Vielfalt der Möglichkeiten, beruflich und wirtschaftlich voranzukommen, für sich zu nutzen. Blickt man auf die volkswirtschaftlichen Daten der neunziger Jahre und der ersten Jahre im neuen Jahrhundert, so rechtefertigt es sich, von einem **chinesischen Wirtschaftswunder** zu sprechen.

Blickt man gegen Ende des ersten Jahrzehnts im 21. Jahrhundert auf die Entwicklungen seit dem Tode MAOS 1976 zurück, so fällt auf, dass die **wirklich dramatischen Veränderungen nicht gleichmäßig über die ganzen drei Jahrzehnte verteilt erfolgten**, sondern dass sich die Entwicklung in der Mitte der neunziger Jahre drastisch zu beschleunigen begann. Es ist denn auch mit Blick auf die künftig zu erwartende Entwicklung Chinas wichtig, im Blick zu behalten, dass die Dinge sich im *Reich der Mitte* in **Quantensprüngen** zu verändern pflegen.

Phase III: Seit 2003

China wird heute von der so genannten *vierten Führungsgeneration* geleitet. Es ist diese dynastische Reihenfolge zwar inkorrekt, da in ihr einige in Ungnade gefallene Parteiführer nicht enthalten sind, doch hat sie ihre Bedeutung für den historischen Hintergrund und das Selbstverständnis der heutigen chinesischen Führung.

China hat, im Gegensatz zu Japan und Indien, eine revolutionäre Tradition. Diese manifestiert sich am eindrucklichsten im so genannten „*Mandat des Himmels*“. Dies ist **nicht** mit dem Gottesgnadentum zu vergleichen, welches die Herrscher in Europa sich im Mittelalter zugelegt hatten. Das „*Mandat des Himmels*“ kann nämlich, so der Herrscher seinen Pflichten für die Wohlfahrt des Landes und des Volkes zu sorgen, nicht nachkommt, entzogen werden. Die Untertanen haben dann das Recht, den fehlbaren Herrscher zu stürzen. Der *konfuzianische* Philosoph **MENCIUS** hat bereits vier Jahrhunderte vor Christus die Theorie von der Rechtfertigung des **Tyrannenmordes** entwickelt.

Auch die Führung der Volksrepublik muss deshalb um ihrer **Legitimität** besorgt sein. Sie holt sich diese Legitimität nicht auf dem Weg von

Wahlen ein, sondern über den Herrschaftsanspruch der KPC. In dieser Hinsicht ist das „*Mandat des Himmels*“ in der „*Dynastie der KPC*“ ein ausgeprägt historisches. MAO ZEDONG hatte mit seinem Sieg im chinesischen Bürgerkrieg und mit der von ihm vollzogenen Gründung der Volksrepublik sich reichlich historische Legitimität zugelegt. Auch DENG XIAOPING, der auf dem „*Langen Marsch*“ ein Weggenosse von MAO ZEDONG gewesen war, also zu den Revolutionären der ersten Stunde gehörte, hatte historische Legitimität. Zu dieser trug insbesondere auch seine herausragende Rolle als Reformier bei.

JIANG ZEMIN hatte zwar als junger Mann noch den Bürgerkrieg und die Gründung der Volksrepublik miterlebt, doch schloss er sich der KPC an, als dies kein Risiko mehr war. Allenfalls konnte er sein Prestige auf seine Rolle als Staatsmann auf der Weltbühne beziehen. Insbesondere mit US-Präsident CLINTON vermochte er sich gut ins Einvernehmen zu setzen und konnte dank dem protokollarischen Entgegenkommen CLINTONS für sich beanspruchen, China jenes Prestige verschafft zu haben, das es mit den USA auf der gleichen Augenhöhe verhandeln ließ.

Jegliche geschichtliche Legitimität geht indessen der vierten Führungsgeneration ab, die in den Jahren 2002/3 die Macht übernahm. Sowohl Staats- und Parteichef HU JINTAO als auch Ministerpräsident WEN JIABAO waren Kleinkinder, als die Volksrepublik geboren wurde. Sie haben ihre ganz Karriere in einem Land absolviert, in dem es sehr förderlich war, der KPC anzugehören. Immerhin haben sie in ihrem Leben die Bewährungen des „*Großen Sprungs nach vorn*“ und vor allem der „*Großen Kulturrevolution*“ überstehen müssen, doch waren sie in der turbulenten Phase der „*Kulturrevolution*“ noch nicht in leitenden Funktionen. Dies alles bedeutet, dass die heutige Führung der Volksrepublik sich ihre ganze Legitimität ohne Bezugnahme auf Revolution und Gründergeist beschaffen muss. **Das „Mandat des Himmels“ ruht heute praktisch ausschließlich darauf, dass die chinesische Volkswirtschaft floriert.** Immerhin kann als Positivum bewertet werden, dass der Machtwechsel von 2002/3, der im darauf folgenden Jahr mit der Übergabe des Vorsitzes in der einflussreichen *Zentralen Militärkommission* von JIANG ZEMIN auf HU JINTAO abgeschlossen wurde, der erste geregelte Machtwechsel in der Geschichte der Volksrepublik China war.

HU JINTAO und WEN JIABAO, beides gewiegte Technokraten, denen aber jedes Führungscharisma abgeht, haben von ihren Vorgängern ein gemischtes Erbe übernehmen können. Auf der einen Seite haben sie ein Land vorgefunden, das seit der Blütezeit der CHING Dynastie im 17. und 18. Jahrhundert noch nie so reich und so stabil war. Die Grenzen waren sicher, die chinesische Wirtschaft hatte große Fortschritte auf den Weltmärkten gemacht und China wurde als Macht in der Geopolitik wieder ernst genommen und geachtet. Städte wie SCHANGHAI, GUANGZHOU und PEKING demonstrierten mit ihren Skylines eine Himmelstürmerei, welche die neidvolle Anerkennung der Welt herausforderte.

Auf der andern Seite sollten sich aber auch die negativen Aspekte der Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte erstmals sehr markant zeigen. Zu denken ist an **das wachsende Reichtumsgefälle zwischen den Regionen und zwischen den verschiedenen sozialen Schichten.** Zu denken ist an **die gefährliche Belastung der Umwelt.** Zu denken ist an problematische

Investitionen und die Gefahr einer Spekulationsblase. Jede dieser drei Herausforderungen konfrontiert die chinesische Regierung mit Problemen, welche die Möglichkeit einer gefährlichen Systemkrise in sich bergen.

Gemäß internationalen Statistiken gehört China, wenn man auf den GINI-Koeffizienten abstellt, zu den Ländern der Welt mit der am meisten verzerrten Reichtumsverteilung. Es ist dies für ein System, das sich nach wie vor als dem Sozialismus verpflichtet gibt, von nicht geringer Sprengkraft, um so mehr als in den Jahren des rasanten Wirtschaftswachstums das Reichtumsgefälle sich nicht verringert, sondern gar noch vergrößert hat. Die vom Wiederaufstieg Chinas beeindruckte Welt pflegt sich auf die Gewinner zu fokussieren. Leicht geht dabei in Vergessenheit, dass eine große Mehrheit der chinesischen Bevölkerung nach wie vor in sehr bescheidenen Verhältnissen leben muss. Natürlich kann gelten, dass bei einem Vergleich mit 1976, dem Todesjahr MAO ZEDONGS, zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine überwältigende Mehrheit der chinesischen Bevölkerung ein besseres Leben fristen kann. Bekanntlich gehört es aber zur menschlichen Natur, dass man bei der eigenen Befindlichkeit nicht primär auf die Vergangenheit blickt, sondern schaut, wie die Mitmenschen leben. Ein eskalierendes Reichtumsgefälle ist deshalb sozialer Sprengstoff.

Erhebungen haben ergeben, dass im Falle der Chinesen der Neidfaktor weniger ausgeprägt ist, als dies in westlichen Gesellschaften der Fall ist. Man bewundert Menschen, die es zu großem Reichtum gebracht haben und möchte es ihnen nachmachen. Doch Bewunderung schlägt um in Empörung, wenn es offensichtlich wird, dass jemand seinen Reichtum nicht durch eigene Anstrengung und harte Arbeit, sondern durch **Korruption und Nepotismus** erlangt hat. Genau dies ist jedoch ein substantieller Defekt der heutigen Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas. Selbst Parteichef Hu Jintao hat wiederholt erklärt, dass Korruption im großen Stil zu einer Systemkrise führen könnte. Die Bekämpfung der Korruption gehört denn auch zu den Hauptzielen von Partei und Regierung, erweist sich aber angesichts eines fehlenden Rechtsstaats und vor dem Hintergrund der Tatsache,

dass in der Volksrepublik die Partei nach wie vor über dem Gesetz steht, als kaum realisierbar.

Immer wieder gibt es spektakuläre Fälle, da ein hohes Kadermitglied über Korruption und Nepotismus stürzt. Die Bevölkerung weiß indessen, dass es sich in der Regel um parteiinterne Machtkämpfe handelt, die zu einem solch tiefen Sturz, der bisweilen auch vor dem Erschießungskommando enden kann, den Anlass geben. Gehört man zur richtigen Seilschaft und genießt man die Protektion der höheren Vorgesetzten, so geschieht einem kaum etwas. Es ist denn auch aufschlussreich, dass die Führung zwar die Medien auffordert, ihren Beitrag zur Bekämpfung und Aufdeckung von Korruption zu leisten, dass es aber immer wieder vorkommen kann, dass ein Journalist einem Mächtigen an den Karren gefahren ist und danach nicht der Korrupte, sondern der Journalist in der *Bredouille* landet. Es gibt kaum einen anderen Bereich, in welchem sich die verheerenden Konsequenzen eines fehlenden Rechtsstaates besser aufzeigen ließe, als bei Korruption und Nepotismus. Eben weil die Partei über dem Gesetz steht, kann es hier keine Bekämpfung des Übels an seinen Wurzeln, nämlich der **Willkürherrschaft der Partei**, geben. Es ist denn auch nicht erstaunlich, dass sich vor allem unter der urbanen und jüngeren Bevölkerung die Meinung breit macht, „*die da oben seien alle korrupt*“. Es muss dieser Zynismus die Führung besonders beunruhigen, da er sich wie eine ansteckende Krankheit ausbreitet und wie ein Krebs die Gesellschaft zerfrisst.

Die gefährlichste sozioökonomische Hauptherausforderung der Monopolherrschaft der KPC ergibt sich daraus, dass im Gegensatz zu MAOs Zeiten das Land heute in mehreren Jahrhunderten lebt. Im Grunde genommen **muss man vom makroökonomischen Standpunkt aus von verschiedenen Volkswirtschaften ausgehen**, die sich unter dem Dach des Staatsgebildes „*Volksrepublik China*“ befinden. Die reichen Küstenregionen, die großen Industriezentren und ihre Agglomerationen gehören zu einer Volkswirtschaft, die sich auf dem Sprung zur modernen Industriegesellschaft befindet. Viele Experten sehen den Entwicklungsstand dieses Bevölkerungssegments, das ungefähr **160 bis 200 Millionen Menschen** umfasst, auf dem Weg zu einem Entwicklungsstand, der sich mit jenem

Japans in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts vergleichen lässt. Dies würde bedeuten, dass innerhalb eines Jahrzehnts China in diesen erfolgreichen Regionen eine Industriegesellschaft von japanischem Format sein wird.

Eine zweite Volkswirtschaft würde sich aus den Rostgürteln³ im Norden und Nordosten, aus den aufstrebenden Regionen im fernerem Einzugsbereich der Industriezentren und aus einem kleinen Teil des Heeres der Wanderarbeiter zusammensetzen. Während in dem am weitesten fortgeschrittenen Bevölkerungssegment die Menschen sich „*big ticket items*“, größere Investitionen, wie ein Auto oder eine Eigentumswohnung, leisten können und einen immer größeren Anteil ihres Einkommens nicht mehr für die Deckung des alltäglichen Bedarfs einsetzen müssen, sind die Menschen in der zweiten Volkswirtschaft dabei, in die Konsumgesellschaft aufzusteigen. Auch sie können sich immer mehr Dinge leisten, die nicht zum Überleben nötig sind. Schon bald wird in diesem Segment, das weitere **150 Millionen** der chinesischen Bevölkerung umfasst, der Besitz eines Kühlschranks oder eines Mopeds die Norm sein.

Die dritte Volkswirtschaft umfasst die ländliche Bevölkerung, die gemäß Statistiken noch immer deutlich über 60 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Für diese Menschen ist der Lebensstandard noch immer sehr bescheiden und grenzt in den meisten Fällen an Armut. Schätzungen gehen davon aus, dass es sich dabei um rund **800 Millionen Menschen** handelt. Die meisten finden ihr Einkommen ausschließlich in der Landwirtschaft. Während die landwirtschaftliche Produktivität Chinas gegenüber den verheerenden Zeiten MAO ZEDONGs gewaltig zugenommen hat und das Land nicht mehr am Rande einer dauernden Hungerkatastrophe dahin vegetieren muss, ist die Landwirtschaft jedoch nicht in der Lage, einer so riesigen Bevölkerung ein Leben in Wohlstand zu gewährleisten. Insbesondere kann sie all den Hunderten von Millionen nicht einen Aufstieg in die neuen unteren Mittelschichten gewährleisten.

Internationale Untersuchungen weisen denn auch darauf hin, dass China seine heutige landwirtschaftliche Leistung mit viel weniger Menschen, vielleicht gar weniger als der Hälfte der 800 Millionen, realisieren könnte.

Ein Teil der Rückständigkeit dieser dritten innerchinesischen Volkswirtschaft, in der selbst kleine Ausgaben für Konsumgüter, die nicht zum minimalen Überlebensbedarf gehören, ein Luxus sind, geht auf jahrhundertelange Vernachlässigung zurück. Man denke dabei insbesondere an den Westen Chinas. Auch in den ersten Jahrzehnten der 1976 angestoßenen Modernisierung lag der Fokus der Entwicklungsbemühungen bei der städtischen Bevölkerung. Es ist dies umso bemerkenswerter, als DENG XIAOPING einen ersten kräftigen Reformschub aus der Befreiung der Landwirtschaft von der Misserwirtschaft der Kolchosen gewinnen konnte, die Landwirtschaft also zu den Startblöcken der Modernisierung der chinesischen Wirtschaft gehört hatte.

Jenseits der dritten Volkswirtschaft gibt es schließlich das Bevölkerungssegment, das unter der Armutsschwelle, wie sie von den Vereinten Nationen definiert wird, leben muss. Für diese Menschen hat der ganze Aufschwung der letzten Jahre und Jahrzehnte nichts gebracht. Es handelt sich dabei mit rund **100 bis 150 Millionen Menschen** jedoch nicht um einen Bevölkerungsteil, der die Stabilität des Systems ernsthaft bedrohen könnte. Dazu sind diese Menschen sozial, politisch, ja auch geographisch viel zu marginal. Doch ist es dennoch eine gravierende Herausforderung an die Herrschaft der KPC. Wenn zuweilen in der Begeisterung über das chinesische Wirtschaftswunder China als die neue Supermacht gepriesen wird, die in einer absehbaren Zukunft gar die Spitzenstellung der USA in Frage stellen werde, so braucht man sich nur eine Tatsache in Erinnerung zu rufen. Gemäß statistischen Erhebungen werden 40 Prozent der gesamten chinesischen industriellen Speiseeisproduktion in den beiden Agglomerationen PEKING und SCHANGHAI konsumiert! Man kann daraus ermitteln, dass selbst ein so billiges Produkt für die überwältigende Mehrheit der Chinesen nach wie vor ein Luxus ist.

Blickt man als potenzieller Investor und Geschäftspartner auf China, so macht es natürlich Sinn, diese Unterteilung in verschiedene Volkswirtschaften vorzunehmen. **Da die Basisgröße der chinesischen Bevölkerung mit 1,3 Milliarden Menschen so riesig ist, gibt es in jedem Verbrauchersegment gleich Abnehmerzahlen, von denen man in**

Nordamerika und in Europa nur träumen kann. Wenn sich bloß zehn Prozent der chinesischen Bevölkerung etwas leisten können, so sind dies gleich 130 Millionen Menschen und selbst ein einziges Prozent ist mit 13 Millionen schon eine ansehnliche Größe. Im Gegensatz zu den ausländischen Investoren kann jedoch die chinesische Regierung diese Unterteilung in vier Volkswirtschaften nicht vornehmen. Ihr muss es in erster Linie darum gehen, **das Land zusammen zu halten.** Diese Aufgabe wird insbesondere durch die divergierende wirtschaftliche Entwicklung nicht erleichtert.

Wir haben bereits erwähnt, dass China im Gegensatz zu anderen asiatischen Kulturen eine revolutionäre Tradition hat. Auch hat es in Chinas langer Geschichte immer wieder den Zerfall des Reiches in mehrere sich gegenseitig bekämpfende Teilreiche gegeben. Die letzte bittere Erfahrung mit einem solchen Zerfall war der chinesische Bürgerkrieg. Auch wenn es heute von TIBET und dem fernen Westen mit der uigurischen muslimischen Bevölkerung abgesehen, keinen Teil der Volksrepublik gibt, der mit einer (allerdings illusorischen) Sezession liebäugelt, so besteht doch andauernd die Gefahr, dass sich „*Vizekönigtümer*“ bilden. Man darf den Einfluss, den PEKING draußen in den Provinzen hat, nicht überschätzen. Gerade im wirtschaftlichen Bereich haben sich lokale Seilschaften gebildet, die eine ziemlich selbständige Wirtschaftspolitik betreiben. Bei all der Allmacht, welche die KPC scheinbar hat, kommt da auch PEKING mit seinen *Ukassen* häufig gar nicht durch.

Die Faszination mit der großen Zahl der chinesischen Bevölkerung lässt häufig vergessen, dass die große Zahl nicht nur ein Positivum, sondern auch ein Negativum, eine schwere Belastung sein kann. Offenkundig werden die negativen Konsequenzen insbesondere im sozialen und im ökologischen Bereich. Alle sozialen Probleme, die China hat, von der Arbeitslosigkeit über die unzureichende medizinische Versorgung bis hin zur inexistenten Altersversicherung, sind von gewaltigen Dimensionen. Handelt es sich um eine Milliardenbevölkerung, so schlagen solche Probleme oft von einer quantitativen in eine qualitative Herausforderung um. **Arbeitslosigkeit und vor**

allem Unterbeschäftigung sind denn auch erheblich größere Probleme, als dies in den nackten Daten der offiziellen Statistiken zum Durchschein kommen mag. Mit Sicherheit benötigt China zur Erbringung der derzeitigen landwirtschaftlichen Leistung nicht 800 Millionen ländliche Bewohner. Doch wo kann der „Überschuss“, der sich in die Hunderte von Millionen Individuen beläuft, beschäftigt werden?

China erwartet eine weitere Beschleunigung des Urbanisierungsprozesses. Es lässt sich nur schwer abschätzen, wie all die Neuzugänge von Bevölkerung durch die Städte absorbiert werden können, ohne dass es zu schweren sozialen Spannungen kommt. Bereits mit dem heutigen, **über 100 Millionen Menschen zählenden Heer der Wanderarbeiter** hat man Probleme genug.

Seit 1979 betreibt China die *Ein-Kind-Politik*. Man könnte denken, dass angesichts der Dimensionen der chinesischen Gesamtbevölkerung es keinen Zweifel am Sinn dieser Politik geben kann. Dennoch haben sich in den letzten Jahren die Debatten darüber, ob die *Ein-Kind-Politik* gelockert werden soll, vermehrt. Am Horizont der demographischen Zukunft der Volksrepublik China lassen sich denn auch bereits problematische Verzerrungen in der Bevölkerungspyramide ausmachen. Auch China wird in der Zukunft ein Überalterungsproblem kennen! Unbestritten ist allerdings, dass dank der *Ein-Kind-Politik* die Gesamtbevölkerung heute um mindestens 100 bis 150 Millionen Menschen kleiner ist, als sie es ohne diese Maßnahme wäre. Vor allem in den Städten hat die *Ein-Kind-Politik* in den letzten Jahren zu einer Atomisierung der Gesellschaft geführt. Man spricht vom „*empty nest problem*“ (von allein gelassenen alten Menschen) und vom „*1-2-4 Phänomen*“ (d.h. ein Kind muss nach zwei Eltern und vier Großeltern schauen). Derzeit besteht ein demographisches Hauptproblem jedoch darin, dass sich China, was die Neuzugänge auf den Arbeitsmarkt betrifft, noch immer in einer sehr starken Expansionsphase befindet. Dies gilt wegen der Binnenmigration ganz besonders für die städtischen Agglomerationen.

Die Welt ist in den letzten Jahren mit wachsender Sorge der ökologischen Herausforderungen bewusst geworden, die Chinas wirtschaftlicher

Wiederaufstieg nicht nur für das *Reich der Mitte*, sondern für die ganze Welt mit sich bringt. **Man hat mit Besorgnis registriert, wie China immer größere Begehren nach knappen Naturgütern, nach Rohstoffen und Energieträgern ebenso wie nach Umweltassets wie Wasser, Luft und Erde, hat.** Die internationale Debatte um den Beitrag des Menschen zur Klimaerwärmung hat ebenfalls zu einem erhöhten Bewusstseinsstand über **die ökologischen Implikationen von Chinas Wirtschaftswachstum geführt.** Die Volksrepublik gehört zu den größten CO₂-Emittenten der Welt, selbstverständlich nicht beim Pro-Kopf-Ausstoß, sondern beim gesamten Emissionsvolumen. Dennoch – und nicht ohne Grund – wird von chinesischer Seite in der internationalen Klimadebatte darauf verwiesen, dass China nicht für die Sünden bestraft werden dürfe, welche diejenigen Länder zu verantworten haben, die sehr früh in den Industrialisierungsprozess eingetreten waren. Chinas Aufstieg dürfe nun nicht durch künstliche Barrieren, die anderen Länder bei ihrem Aufstieg zu Wohlstandsgesellschaften nicht zu gewärtigen hatten, behindert werden. Auch wird darauf verwiesen, dass China als Werkstätte der Welt heute viele Güter für die Weltmärkte herstelle, die früher in den traditionellen Industriestaaten produziert worden waren, und dass es damit einen Teil der Umweltbelastung, die zuvor in der industrialisierten Welt anfiel, übernehme.

Auf der andern Seite gilt es natürlich zu berücksichtigen, dass China nicht nur ein substantieller Kontribuent zu den Umweltproblemen der Erde ist, sondern dass es auch ein substantielles Opfer einer Verschlechterung der Umweltbilanz sein wird. Es gibt Prognosen, denen zufolge China von den Folgen der Klimaerwärmung in besonders hohem Maße heimgesucht wird. Einzelne Experten meinen in dieser Hinsicht bereits erste Anzeichen ausmachen zu können.

Doch die ökologischen Herausforderungen, mit denen das *Reich der Mitte* zu kämpfen hat, erschöpfen sich nicht in der Klimaerwärmung. Viel vordringlicher sind für China das Wasserproblem und die Erosion und Zweckentfremdung von wertvollem Ackerland. Es ist durchaus absehbar, **dass in nächster Zukunft größere Bevölkerungszentren mit Problemen bei der Versorgung von Trinkwasser zu kämpfen**

haben werden. Der eigentliche Notstand rührt aus einer Vielfalt fahrlässigen Umgangs mit der kostbaren Ressource Wasser her. Es wurden und werden weiterhin Grundwasservorkommen ohne Rücksicht auf deren Wiederaufstockung ausgebeutet. Es wurden und werden weiterhin Oberflächengewässer und Grundwasserressourcen mit industriellen und landwirtschaftlichen Verschmutzungen belastet. Es wurde und wird weiterhin durch eine völlig unangemessene Preisbemessung des Gutes Wasser der Verschleuderung kein Riegel vor geschoben. Darüber hinaus ist natürlich die Wasserfrage ein klassisches Beispiel dafür, wie Entwicklungsziele mit ökologischen Interessen in Konflikt geraten können. Man denke dabei etwa an die Kontroverse um den Bau großer Staudämme.

Besorgnis erregend ist aber auch der Rückgang der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche. Man braucht nur von SCHANGHAI ins Hinterland Richtung NANJING zu fahren, um die Dimensionen des Raubbaus an wertvollem Ackerland zu erkennen. Hier handelt es sich nicht um irgendwelche Gebiete, sondern um die fruchtbare Region des YANGTSE-Deltas, die seit den Urzeiten der chinesischen Zivilisation zu den Reisschalen des *Reichs der Mitte* gehört hatte. Riesige Industrieparks, ausgedehnte Wohnsiedlungen, ja eine aufwendige Formel-1-Rennstrecke haben sich in das fruchtbare Ackerland vorgefressen. Hinzu kommt in ferneren, ökologisch fragileren Regionen die Erosion von Ackerland durch unsachgemäße Bebauung sowie natürlich die Verminderung der Agrarerträge durch Übernutzung von Ackerland. **All dies hätte in der Vergangenheit China katastrophale Hungersnöte beschert. Doch heute ist die Volksrepublik in der Lage, sich auf den Weltmärkten einzudecken.** Es verfügt dafür über nötigen finanziellen Ressourcen, da es schließlich im Besitz des größten Devisenreservenpolsters der Welt ist. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts kann China seine riesige Bevölkerung bei den Grundnahrungsmitteln nicht mehr ausschließlich aus einheimischer Produktion ernähren. Es hat dies übrigens nicht nur mit der Erosion von Ackerland, sondern auch mit den höheren Ernährungsstandards eines großen Teils der chinesischen Bevölkerung zu tun. In den letzten Jahrzehnten haben immer mehr Chinesen sich immer häufiger Fleisch leisten

können. Dadurch stieg natürlich auch der Bedarf an Futtergetreide gewaltig an. Die Welt spürt diese Entwicklung über steigende Nahrungsmittelpreise.

Die dritte Fehlentwicklung, mit welcher sich die vierte Führungsgeneration aufgrund des Erbes aus der Zeit des Wachstums um jeden Preis herumzuschlagen hat, liegt in **der Gefahr einer spekulativen Überhitzung in wichtigen Sektoren der chinesischen Wirtschaft.** Im Vordergrund stehen hier nicht nur die Börse und die Immobilienmärkte im Hochpreissegment in den Metropolen PEKING, SCHANGHAI und GUANGZHOU, oder in Provinzkapitalen wie HANGZHOU oder CHENGDU. Zu bedenken ist auch, dass in verschiedenen Industriebereichen durch massive und anhaltende Kapitalgüterinvestitionen Produktionskapazitäten entstanden sind, die möglicherweise in der Zukunft zu einem **deflationären Druck** auf die Volkswirtschaft sich auswachsen könnten. Auf jeden Fall gibt es im Automobilssektor, der vor dreißig Jahren noch überhaupt keine Rolle in der chinesischen Volkswirtschaft spielte, heute einen Verdrängungskampf um Marktanteile. Man hat auch das Bild der **Spekulationsblase** vor Augen, die in Japan in den achtziger Jahren entstanden war und die 1989 mit schwerwiegenden und langwierigen Folgen für die japanische Wirtschaft geplatzt war. PEKING will um jeden Preis eine ähnliche Entwicklung vermeiden, nicht zuletzt deshalb, weil man aus einer solchen Verwerfung soziale und politische Probleme befürchtet. Es ist kein Geheimnis, dass sich in den letzten Jahren viele Chinesen an der Börse beteiligt haben, die nur über sehr beschränkte Ressourcen verfügen und die im Falle eines massiven Kurssturzes untragbare Verluste erleiden würden. Bekanntlich lassen Chinesen, wenn es ums Geld geht, nicht mit sich spaßen.

Ins gleiche Kapitel wie **spekulative Überhitzung**, die auch das in der chinesischen Geschichte besonders **heikle Problem der Inflation** anheizen könnte, gehört die **Fehlallokation von wertvollem Kapital.** Blickt man auf die Entwicklung des chinesischen Wirtschaftswachstums, so ist unverkennbar, dass nach wie vor ein zu großer Teil des Wachstums aus der Exportindustrie und aus Kapitalgüterinvestitionen stammt. Der **Privatkonsum macht**

noch immer einen zu kleinen Teil aus. Die hohe Rate der Kapitalgüterinvestitionen muss jedoch Sorgen bereiten, da sich dahinter das künftige Problem von massiven Überkapazitäten verbirgt. Kurzfristiges Profitdenken ebenso wie Illusionen über die wahre Absorptionskraft der chinesischen Märkte haben dazu geführt, dass es in einer Reihe von Industriebereichen, aber auch im Infrastrukturbereich Überkapazitäten gibt, die sich noch verschärfen dürften, so sich eine Abschwächung der Weltkonjunktur einstellen sollte.

Alle diese Herausforderungen haben die vierte Führungsgeneration unter Staats- und Parteichef HU JINTAO und Ministerpräsident WEN JIABAO veranlasst, die **Politik des Wachstums um jeden Preis, die von ihren Vorgängern betrieben worden war, durch eine Politik des nachhaltigen Wachstums abzulösen.** Schon kurz nach seinem Amtsantritt hatte Ministerpräsident WEN JIABAO die Devise des nachhaltigen Wachstums ausgegeben. Die Frage stellt sich allerdings, was genau darunter zu verstehen ist und wie diese Politik umgesetzt werden kann. Zum Inhalt gibt es zahlreiche Aussagen von führenden Kadern. Offensichtlich geht es beim nachhaltigen Wachstum darum, das Reichtumsgefälle im Lande abzubauen, vermehrt den ökologischen Anforderungen Rechnung zu tragen und den Aufbau einer Spekulationsblase zu verhindern.

Ein zentraler Teil in der Bekämpfung des Reichtumsgefälles ist die Politik des „**Go West**“, die in den letzten Jahren von PEKING betrieben wird. Dahinter versteht man die beschleunigte Entwicklung des traditionell rückständigen Westchinas, insbesondere den Ausbau der Infrastruktur, Urbanisierung und Industrialisierung. Bemerkenswert ist, dass durch die dynamischen Wirtschaftszentren bereits seit Jahren wichtige Wachstumsimpulse ins Hinterland ausgegeben werden. Man denke dabei an die **industrielle Großregion SCHANGHAI im Delta des YANGTSE oder an die PERFLUSS-DELTA-Region von HONG KONG und GUANGZHOU.** Aus Kostengründen sind diese dynamischen Regionen auf den Zustrom billiger Arbeitskräfte aus dem Hinterland angewiesen. Mit den Wanderarbeitern fließt aber auch Kaufkraft in deren Herkunftsregionen, die zuvor vom Wirtschaftsboom nicht direkt erfasst

worden waren. Inzwischen haben sich in mehreren Bereichen Engpässe auf dem Arbeitsmarkt eingestellt und die Lohnkosten sind in den Wirtschaftszentren so stark gestiegen, dass Produktionsstätten von Billiggütern, die keine qualifizierten Arbeitskräfte erfordern, in das kostengünstigere Hinterland verlagert werden. Man stellt damit in China selbst den auch für andere Entwicklungsgesellschaften „*trickle down effect*“ fest, bei dem neu geschöpfter Wohlstand aus den reicheren Regionen eines Landes in die ärmeren fließt.

Ein Beispiel für diese neue Entwicklung ist **das Projekt des PAN-PERLFLUSS-DELTAS.** Bereits vor der Rückkehr HONG KONGs unter chinesische Souveränität hatte sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen HONG KONG und der südchinesischen Provinz GUANG DONG intensiviert. Mit der Öffnung Chinas unter den von DENG XIAOPING angestoßenen Reformen hatten sich auch die Beziehungen zwischen der damaligen britischen Kolonie und ihrem natürlichen festlandchinesischen Hinterland markant verbessert. In der Folge wurde ein Großteil der Billigmanufaktur aus HONG KONG nach China verlagert. Es war dies der Anfang eines bemerkenswerten wirtschaftlichen Aufschwungs, der beispielsweise SHENZHEN, vor zwanzig Jahren ein bedeutungsloser Flecken, zur modernen Siebenmillionenstadt hat aufsteigen lassen. In den neunziger Jahren gesellte sich dann die Verlagerung von „*backoffices*“ nach GUANGDONG hinzu. Versicherungen und Banken lagerten die Jobs, die sie nicht unmittelbar für die Kundenbetreuung benötigten, nach Festlandchina aus. Sowohl günstigere Lohnkosten als auch erheblich tiefere Immobilienkosten und Mieten legten diesen Schritt nahe. Im Rahmen dieser grenzüberschreitenden Vernetzung entwickelte sich das Konzept der Wirtschaftsregion „*Perflussdelta*“, zu der natürlich auch das Spielerparadies MACAO gehört. All diese regionale Kooperation intensivierte sich noch, nachdem HONG KONG unter chinesische Hoheit zurückgekehrt ist. Die Errichtung der administrativen Sonderregion HONG KONG (Special Administrative Region, SAR, HONG KONG) schuf zudem neue Synergien zwischen der Stadt und dem Hinterland. Mit dem Konzept eines PAN-PERLFLUSS-DELTAS hat man die demographische und geographische Reichweite dieser südchinesischen

Großregion noch vergrößert. Einbezogen wurde unter anderem die bevölkerungsreiche Binnenprovinz SICHUAN. Dies alles schafft ein riesiges Reservoir an kostengünstigen Arbeitskräften und potenziellen künftigen Konsumenten. Mit dieser Erweiterung reagieren HONG KONG und GUANGZHOU denn auch auf die Ausweitung des Einzugsbereichs in der Großregion SCHANGHAI, mit der sich Südchina in direkter Rivalität sieht.

Zu der von PEKING betriebenen Politik des nachhaltigen Wachstums gehört ferner eine **verstärkte Beachtung der ökologischen Implikationen des Wachstums**. Noch liegt in China vieles im Argen, doch ist unverkennbar, dass die Führung des Landes und große Teile der nationalen Bürokratie sich der ökologischen Herausforderungen, die auf das Land zukommen bewusst sind. Die Frage ist hier nicht so sehr die Finanzierbarkeit von großflächigen Maßnahmen. Die finanziellen Ressourcen, die dem Staat auch aus den prall gefüllten Koffern der Devisenreserven zur Verfügung stehen, sind ausreichend. Das Problem liegt vielmehr bei der Implementierung. Wie bereits erwähnt, darf man PEKINGS Einfluss auf die Entwicklungen vor Ort nicht überschätzen. Im alten China galt der Spruch *„der Himmel ist hoch und der Kaiser ist weit entfernt“*. Bei der Umsetzung von Direktiven aus PEKING gilt dies auch heute noch. Man braucht nicht einmal so weit zu gehen und die Vernetzung von mafiösen Elementen, korrupten Bürokraten und ebenso korrupten Parteikadern anzusprechen. Auch im normalen Gang der Dinge kann es zu Widerständen kommen, die nur schwer zu überwinden sind. Umweltschutz kostet, und wo man spitz rechnet, da gerät man leicht in Versuchung, Einsparungen zu machen und „unnötige“ Anordnungen aus PEKING zu missachten. Warum soll man eine teure Kläranlage das ganze Jahr hindurch in Gang halten, wenn es genügt, dass sie an den Tagen, da die Inspektoren kommen, in Betrieb ist? Der notorisch korrupte Sektor des Kohlebergbaus ist ein weiteres klassisches Exempel für die dreiste Missachtung von Direktiven, die aus dem fernen PEKING kommen. Immer wieder liest man in Zeitungsberichten von schweren Bergwerksunfällen. China hat in diesem Bereich die bei weitem traurigste Statistik der Welt vorzuweisen. Häufig stellt sich dabei heraus, dass die Minen von den Behörden aus Sicherheitsgründen längst

geschlossen worden waren, dass jedoch skrupellose Unternehmer im Einverständnis mit korrupten Beamten die Minen illegal betrieben hatten.

Jenseits von Korruption und Schlamperei gibt es jedoch bei der Umsetzung der von der chinesischen Führung postulierten Politik des nachhaltigen Wirtschaftswachstums aber auch konzeptionelle Probleme. **Wie wird die Nachhaltigkeit definiert? Gibt es irgendeine Richtgröße bezüglich Wachstumsrate?** China hat der privaten Initiative in den letzten zwei Jahrzehnten sehr viel Spielraum verschafft. Im administrativen Bereich ist es indessen nach wie vor der Kommandowirtschaft verhaftet. Dies bedeutet, dass bei den für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen Kadern auch heute darauf wartet, welche Zielgrößen aus PEKING vorgegeben werden. Lässt die chinesische Führung verlauten, dass zehn Prozent Wirtschaftswachstum angesagt seien, so wusste man bisher, dass es der Karriere förderlich ist, wenn man diese Zahl noch übertrifft. Gibt jedoch PEKING nur das vage Ziel eines nachhaltigen Wachstums vor, von dem man keine genauen numerischen Vorstellungen hat, so läuft man Gefahr, auf der falschen Seite zu liegen, entweder zu viel oder zu wenig Wachstum nach PEKING zu melden. Ohnehin weiß man auch um die notorische Unzuverlässigkeit der chinesischen Statistiken, deren Zweck noch immer in vielen Fällen nicht die korrekte Wiedergabe der Wirklichkeit, sondern weitgehend Propaganda ist.

Doch darüber hinaus gibt es mit dem nachhaltigen Wachstum noch eine größere, strukturelle Schwierigkeit. Wie erwähnt, geht es bei dieser Wachstumspolitik der Regierung darum, das Reichtumsgefälle zu mindern, den Belangen der Umwelt mehr Gewicht zu verschaffen und den Aufbau einer Spekulationsblase zu vermeiden. Dieses sind alles sehr hehre Ziele, doch werden sich die Kader in den wirtschaftlich erfolgreichen Regionen des Riesenlandes nicht ohne Grund fragen, ob sie denn im Interesse des nationalen Ganzen auf Wachstumspotenziale künstlich verzichten sollten. Warum sollen SCHANGHAI und GUANGDONG, auch wenn sie unermesslich viel reicher sind als GANSU und SICHUAN, nicht weiterhin so rasch und so substantiell wachsen, wie dies mit den gegebenen Ressourcen möglich ist? Das Reichtumsgefälle bedingt ja auch, dass

man in verschiedenen Jahrhunderten lebt und verschiedene Ansprüche hat. Wie noch zu sehen sein wird, schafft dies auch für die Umsetzung einer wirksamen Umweltpolitik Probleme. So konnte es denn in den letzten Jahren auch nicht überraschen, dass jeweils, nachdem die Regierung in Peking die

Devise des nachhaltigen Wachstums ausgegeben hatte, die Provinzbehörden in den reichen Städten und Regionen jeweils Wachstumszahlen vermeldeten, die mit Sicherheit nicht als Ausdruck eines nachhaltigen, will heißen zurückhaltenden Wirtschaftswachstums verstanden werden konnten.

Wie sieht die Bilanz 2007 aus? Die Stärken und Schwächen der Volksrepublik China im Olympiajahr 2008

Die wirtschaftliche Entwicklung: Fortschritte und Rückschläge

2008 ist ein Stichjahr für die seit drei Jahrzehnten im Gang befindliche Entwicklung und Modernisierung der Volksrepublik China. Natürlich ist bei einem Reich mit der Geschichte, der Kultur und den Dimensionen Chinas eine Sommerolympiade eine relativ marginale Angelegenheit. Dennoch ist es ein emblematisches Event sowohl für die chinesische Führung als auch für große Teile der urbanisierten, mittelständischen chinesischen Bevölkerung. **China will mit einer erfolgreichen Durchführung der Olympiade aller Welt demonstrieren, dass es wieder zu den angesehenen Ländern dieser Erde gehört und dass es von der Welt respektiert wird.** Es wird im Zusammenhang mit den politischen Herausforderungen, mit welchen sich das Reich der Mitte am Anfang des 21. Jahrhunderts konfrontiert sieht, noch auf die politischen Risiken auch der Olympiade einzugehen sein.

Zieht man per 2007 eine Bilanz der Reformen und der sozioökonomischen Modernisierung Chinas, so stößt man auf ein durchzogenes Bild und eine Menge von Widersprüchlichkeiten, wie dies bei einem Land wie China nicht anders zu erwarten ist. Bei zahlreichen Ländern sind die Binnenverhältnisse von einer Komplexität, die es Außenstehenden schwer macht, eine kompetente, allgemein und längerfristig gültige Lageanalyse zu erstellen. Im Falle Chinas wird dieses Problem noch durch einen zusätzlichen Sachverhalt erschwert. **Blickt man über die vergangenen Jahrhunderte hinweg, so fällt auf, dass das Bild, welches sich der Westen von China gemacht hat, jeweils sehr stark von den Wunschvorstellungen der externen Betrachter geprägt worden ist.** LEIBNITZ hatte das China, das sich auf dem Höhepunkt

der CHING Dynastie befand, bewundert und dessen kaiserliche Regierung sowie die *konfuzianische* Staatsphilosophie und Ethik als vorbildlich dargestellt. Im 19. Jahrhundert wendete sich das Bild dann ganz dramatisch, indem MARX und HEGEL das chinesische Kaisertum und den *Konfuzianismus* als rückständig und verachtenswert einstufen. Während der „*Großen Kulturrevolution*“ gab es unter den westlichen 68-ern große Bewunderung für MAO und dessen Ruf nach einer permanenten Revolution. Heute bewundern Wirtschaftsführer rund um den Globus die wirtschaftliche Pragmatik der Chinesen und deren Erfolg mit einem System, in dem es angeblich keine politischen Hürden gibt und mangels Pressefreiheit und aufmüpfigen Gewerkschaften alle am gleichen Strick ziehen.

Bei all diesen sehr verschiedenen und konträren Chinabildern gibt es auf der einen Seite selbstverständlich historische Fakten, auf denen die Ablehnung beziehungsweise die Bewunderung beruht. So befand sich China zu LEIBNITZ' Zeiten in einer langen Phase des Wohlstands und des Friedens und die Regierung des Riesereichs konnte einem Europa, das politisch und konfessionell zerstritten war und von schweren wirtschaftlichen Nöten heimgesucht wurde, als erstrebenswertes Vorbild dienen. Auch stimmt es natürlich, dass China zur Zeit von HEGEL und MARX sich in der dekadenten Endphase seiner letzten Kaiserdynastie befand und dass in China wie im Westen viele Menschen eine überzogene Wertschätzung der Tradition und die Erstarrung in reaktionären Strukturen dem *Konfuzianismus* anlasteten.

Dennoch gilt es auf der anderen Seite auch zu berücksichtigen, dass die externen Beobachter mit ihrem Chinabild auch ihre eigenen politischen Absichten unterstützen wollten. Das

Wunschbild China sollte eine Botschaft an die eigene Gesellschaft sein, wie sie sich zu verbessern habe. Eine gute Spur Zeitgeist und wohlfeiler Pessimismus über die Zukunft eines vorgeblich dekadenten Abendlandes spielte und spielt auch heute immer wieder mit. Es ist deshalb wichtig, bei einer Beurteilung der chinesischen Erfolgsbilanz nach drei Jahrzehnten Reformen sich nicht durch eigene Wunschvorstellungen leiten zu lassen. China ist am Anfang des 21. Jahrhunderts weder das Vorbild für die westlichen Industriegesellschaften noch die *Nemesis* für die Vorherrschaft und den Wohlstand des Westens. Auch haftet dem wirtschaftlichen Erfolg des *Reichs der Mitte* nichts Übermenschliches an. Schließlich ist die Bilanz der letzten drei Jahrzehnte auch nicht ungetrübt.

Als erstes muss auf der Erfolgsseite die Realisierung eines **durchgreifenden Mentalitätswandels** aufgeführt werden. Natürlich hat dieser Mentalitätswandel nicht die gesamte chinesische Bevölkerung, ja nicht einmal die Mehrheit der Chinesen erfasst. Er ist aber dort, wo es zählt, d.h. in den Städten, in den Eliten und in der Führung des Landes deutlich mehrheitsfähig. Es darf dieser Erfolg nicht klein geschrieben werden, wenn man bedenkt, dass vor einer halben Generation, mitten in der „*Großen Kulturrevolution*“, China eines der am meisten ideologisierten Länder der Welt war, übertroffen vielleicht nur noch vom damaligen Albanien und von Nordkorea. Von dieser Ideologisierung ist nicht mehr viel geblieben. Der Mentalitätswandel hat dem für die Modernisierung und den wirtschaftlichen Fortschritt unerlässlichen Pragmatismus eine freie Bahn geschaffen.

Noch hat die Volksrepublik keine Marktwirtschaft im westlichen Sinne, doch ist der Leistungsausweis der letzten drei Jahrzehnte bemerkenswert. Es darf nicht vergessen werden, dass die Modernisierung nicht einfach eine Sache höherer Wachstumsraten war. Damit überhaupt ein *Take-off* realisiert werden konnte, mussten zunächst eine ganze Reihe von volkswirtschaftlichen Instrumenten und Institutionen geschaffen werden, die man in den OECD-Staaten für selbstverständlich betrachtet. Die Klage, dass China nach wie vor kein Rechtsstaat im gängigen Sinne ist, ist berechtigt. Andererseits darf nicht übersehen werden, **dass die Volksrepublik**

sich in den letzten drei Jahrzehnten auch in rechtlicher Hinsicht dramatisch verändert und modernisiert hat. 1976 gab es kein Rechtssystem, wohingegen 2008 China ein umfassendes gesetzliches Regelwerk besitzt.

Dies ist für die wirtschaftliche Entwicklung von wegleitender Bedeutung, da ohne Rechtssicherheit sich keine moderne Wirtschaftsordnung errichten lässt. Investoren wollen Rechtssicherheit, ansonsten sind sie nicht bereit, ihr Kapital zur Verfügung zu stellen. Dies gilt ganz besonders für ausländische Investoren, die sich ihre Anlagemöglichkeiten auf dem ganzen Globus aussuchen können. Bekanntlich kommt der größte Teil der *Foreign Direct Investments* (Ausländische Direktinvestitionen, FDI) aus dem Kreis der Überseechinesen, aus HONG KONG, TAIWAN, Südostasien und den USA. Doch darf davon ausgegangen werden, dass gerade diese Investoren mit Sicherheit sich nicht aus Vaterlandsliebe, sondern aus der Suche nach Profit engagiert haben. Was Investoren am meisten fürchten ist neben behördlicher Willkür eine plötzliche und häufige Änderung des rechtlichen Umfelds, in dem sie agieren.

China hat diese nötige Rechtsordnung, die zu MAOs Zeiten auch nicht in Ansätzen bestanden hatte, fortlaufend aufgebaut und effizienter gestaltet. Der ganze Prozess kulminierte in der **Verankerung des Rechtsschutzes für legal erworbenes Privateigentum in der Verfassung der Volksrepublik**. Es war dies für einen Staat, der mit dem Ziel der vollständigen Beseitigung des Privatbesitzes geschaffen worden war, ein monumentaler Schritt. Entsprechend heftig fiel auch die Reaktion der Systemkonservativen aus, die den Reformen von DENG XIAOPING schon immer skeptisch gegenüber gestanden waren und für die alle kapitalistischen Kompromisse des Teufels waren und auch heute noch des Teufels sind. Dass die Opposition schließlich verpuffte, war den augenscheinlichen Erfolgen der Reformen, die sich im Entstehen von neuen Mittelschichten und einer erheblichen, breite soziale Schichten erfassenden Kaufkraftmehrung niedergeschlagen hatten, zu verdanken.

Doch die Ausarbeitung einer Rechtsordnung war das eine, die Verfügbarkeit von Führungskräften auf allen Ebenen, welche die neuen

Instrumente nutzen konnten, das andere. Wie erwähnt, hatte DENG XIAOPING schon früh im Reformprozess erkannt, dass ohne eine drastische Öffnung der Volksrepublik nach außen, die Modernisierung nicht zu realisieren war. Diese Öffnung beinhaltete indessen nicht nur die Zulassung von ausländischem Kapital, den Import von ausländischer Technologie und die Förderung der Exportwirtschaft. Sie musste auch den Austausch der chinesischen Eliten und Fachkräfte mit der Außenwelt umfassen. Dieser Austausch vollzog und vollzieht sich auf einer Reihe von verschiedenen Ebenen. Experten wurden und werden zur Weiterbildung ins Ausland gesandt. Man förderte und fördert das Studium und die Lehrtätigkeit im Ausland. Man ließ und lässt Fachkräfte aus dem Ausland an chinesische Lehrinstitutionen kommen und man tauscht mit der Außenwelt nicht nur Personen, sondern auch Informationen und Erfahrungen aus. Es mag dem chinesischen Reformprozess sehr dienlich gewesen sein, dass er mit einer beispiellosen Erweiterung des Informationsflusses in der Welt, mit der IT-Revolution, einher ging. Es wäre alles wahrscheinlich viel langsamer und schwerfälliger verlaufen, wenn es dieses neue Angebot an Informationstechnologien nicht gegeben hätte.

Dem Lande kam sicherlich aber auch zugute, dass es rund um den Erdball eine rührige chinesische *Diaspora* gab, deren intellektuelle und finanzielle Ressourcen man anzapfen konnte. Ganz entscheidend war aber, dass in unmittelbarer Nachbarschaft der Volksrepublik es mit HONGKONG und TAIWAN zwei chinesische Territorien gibt, die an der rasanten wirtschaftlichen und technologischen Modernisierung im letzten Quartal des 20. Jahrhunderts an führender Stelle teil hatten. Natürlich wollte PEKING nicht die politischen Errungenschaften TAIWANS zum Vorbild nehmen, doch beim Unternehmertum und bei der Wirtschaftsordnung konnte die Insel, die in der offiziellen Sprachregelung der chinesischen Führung nach wie vor eine „*abtrünnige Provinz*“ ist, sehr wohl als Exempel dienen. Auch übte und übt weiterhin das SINGAPUR von LEE KUAN YEW, der unter Chinas Führungselite große Wertschätzung genießt, große Anziehungskraft aus. Dass sich China rascher entwickelt hat als Indien dürfte nicht zuletzt auch eine Folge der

völlig verschiedenen Attitüde der beiden Länder zu ihren Überseegemeinschaften sein.

Ein weiterer wichtiger Beitrag zum Reform-erfolg war die grundsätzlich positive Einstellung der USA zum neuen China. Zwar sollten weiterhin unüberwindbare Schranken für US-Produkte und US-Technologien aufrecht erhalten werden, die WASHINGTON als für die eigene nationale Sicherheit relevant ansah, doch war der Enthusiasmus der amerikanischen Wirtschaftswelt gegenüber dem neuen Wachstumsmarkt China bald nicht mehr zu stoppen. Auch hier sollte China von einem Zeitphänomen profitieren, zu dem es selbst zwar nichts beigetragen hatte, von dem es aber in der Folge massiv profitieren sollte – der Globalisierung. In mancher Hinsicht konnte sich die Volksrepublik hier ins „gemachte Bett“ legen. Es kann wohl keinen Zweifel geben, dass die wirtschaftliche Renaissance des *Reichs der Mitte* erheblich mehr Zeit benötigt hätte oder vielleicht gar nicht zu realisieren gewesen wäre, wenn es nicht ein funktionierendes internationales Finanzsystem und einen florierenden Welthandel gegeben hätte. Gerade die Export- und Investitions-lastigkeit des chinesischen Wirtschaftswachstums ist das deutlichste Indiz dafür, dass China von der Globalisierung in herausragendem Maße zu profitieren verstanden hat.

Auf der Habenseite der Reformbemühungen steht weiter, dass China einen geordneten Staatshaushalt etabliert hat. Zwar ergeben sich aus der Tatsache, dass die Partei weiterhin über dem Gesetz steht, eine Reihe von auch finanziell relevanten Interessenkonflikten zwischen dem Staat und der Partei, die im Interesse des Systemerhalts vertuscht werden, doch kann immerhin gelten, dass China in den letzten zwei Jahrzehnten erstmals seit Errichtung der Volksrepublik einen Staatshaushalt besitzt, der nach international üblichen Kriterien bewertet werden kann. Zur neuen Finanzordnung gehören auch eine Öffnung des Bankensystems gegenüber der internationalen Finanzwelt, eine funktionierende Zentralbank und der Ausbau von Kapitalmärkten in China.

Noch gibt es, wie später ausführlicher zu behandeln sein wird, Grund für große Bedenken gegenüber einem nach wie vor vom Staat (oder

genauer von der Partei) kontrollierten Bankensektor. Andererseits hat PEKING in den letzten Jahren versucht, mit einer partiellen und sehr zielgerichteten Liberalisierung der Eigentumsverhältnisse in den großen Banken des Landes ein Element des Wettbewerbs oder zumindest eines ausgeprägteren Qualitätsbewusstseins in den finanziellen Dienstleistungssektor zu bringen. Die beiden Börsen in SHENZHEN und SCHANGHAI sind zu eindrücklichen Symbolen des neuen China geworden. Auch wenn es am chinesischen Kapitalmarkt noch zahlreiche strukturelle Probleme betreffend Transparenz und Effizienz gibt, so ist es angebracht, sich den gewaltigen Fortschritt in Erinnerung zu rufen. Wer hätte 1976 die Prognose gewagt, dass drei Jahrzehnte später China eine kapitalkräftige Börse haben wird, dass internationale Anleger chinesische Wertpapiere kaufen können und wollen, und dass der Börsenindex von SCHANGHAI von der internationalen Finanzwelt ernst genommen wird! Noch ist es ein weiter Weg, bis die chinesischen Finanzmärkte die Reife eines Hongkonger oder SINGAPURER Finanzmarkts erreicht haben wird, doch kann kein Zweifel bestehen, dass China sich in dieser Hinsicht auf dem richtigen Weg befindet.

Es sind diese Überlegungen zum Finanzsektor, die einem wieder bewusst machen, welche wahrhaft historischen Umwälzungen China innerhalb einer halben Generation realisiert hat. Um es sehr plastisch auszudrücken: 1976 war China ein Land von Besitzlosen, das im vorkapitalistischen Zeitalter dahin vegetierte. Angesichts der Dimensionen des Wandels ist es in der Tat erstaunlich, dass innerhalb dieses Zeitraums es zu keinen größeren sozialen und politischen Verwerfungen gekommen ist. Von der Zäsur des Frühlings 1989 abgesehen verlief der Reformprozess in ziemlich geordneten Bahnen. Es ist dies zum einen eine Folge des chinesischen Pragmatismus und zum andern ein Resultat der günstigen Zeitumstände, unter welchen der Aufbruch Chinas in die Moderne sich vollziehen konnte.

Was steht nun auf der Sollseite? Der wirtschaftliche Fortschritt, so unbestreitbar er ist, kam jedoch nicht ohne Preis und auch nicht ohne Rückschläge und Irrwege. Es war naheliegend, dass ein Experiment wie die DENG'schen Reformen, das keine Vorbilder kannte und das volkswirtschaftliche Dimensionen aufwies,

die in der Geschichte der Menschheit präzedenzlos sind, nicht ohne Probleme über die Runden gehen konnte. Wie erwähnt, hinterließ MAO 1976 ein wirtschaftlich darnieder liegendes Land. Es ging dabei nicht nur um die generelle Armut der Menschen, um die Rückständigkeit der physischen Infrastruktur, sondern auch um die Abwesenheit von funktionierenden Institutionen und um einen riesigen Nachholbedarf in Erziehung und Ausbildung. Vor dem Hintergrund dieser Mängel mutet es aus der heutigen Perspektive erstaunlich an, wie viel erreicht worden ist. Andererseits erklären diese Mängel auch, warum es zu großen Fehlleistungen kommen konnte.

An vorderster Stelle steht die unsachgemäße und ineffiziente Verwendung von Kapital. So lange die Reformen auf die für den Export produzierenden wirtschaftlichen Sonderzonen beschränkt blieben, war der Spielraum für teure Fehlentscheide relativ beschränkt. Die Optionen für Kapitalverschleuderung stiegen jedoch, je weiter sich die Reformen in der chinesischen Volkswirtschaft ausbreiteten. Wer aufmerksam durch das Land reist, wird nicht nur den Bauboom bewundern, sondern sich auch ein paar Fragen stellen über die Bauruinen und die Gigantomanie, welche diesen Boom begleiten. Ein besonders illustratives Beispiel ist die Insel HAINAN, Chinas Tropenparadies. In HAINANS Hauptstadt HAIKOU finden sich unzählige bauliche Zeugen einer fehlgelaufenen Entwicklung. Offensichtlich wurde hier für Bedürfnisse gebaut, die sich nie einstellen sollten.

Für chinesische Stadtplaner und chinesische Stadtbehörden ist eine eindrucksvolle Skyline die Visitenkarte für Fortschritt und Modernität. Noch und noch findet man Beispiele dafür, dass entweder ohne klare Evaluation der Marktbedürfnisse gebaut wurde, dass das Kapital zu freigebig eingesetzt wurde, oder dass Prestigedenken den wirtschaftlichen Sachverstand außer Kraft gesetzt hat. Mitten in der Industrie- und Hafenstadt TIENSIN unweit von PEKING findet sich ein Büro- und Shoppingkomplex im Betonrohbau, der seit Jahren leer steht. Dasselbe Bild wiederholt sich Dutzende, ja Hunderte von Male in anderen Provinzstädten. Selbst in PEKING sahen sich die Stadtbehörden gezwungen, die Kapitalgarantien für Großprojekte kräftig

anzuheben. Noch und noch sah man selbst im Zentrum der Kapitale riesige Objekte, die von einem Tag auf den anderen still gelegt wurden, weil dem Bauherrn das Geld ausgegangen war oder er sich gar mit dem Kapital aus dem Staub gemacht hatte. Tausende von Wanderarbeitern wurden auf die Straße gestellt, häufig mit monatelangen Lohnrückständen – ein sicheres Rezept für soziale Unrast. SCHANGHAI ist nicht ohne Grund stolz auf seine rasante Entwicklung zur neuen ostasiatischen Metropole. Paradestück für diesen Erfolg ist der Stadtteil PUDONG, vom alten Stadtzentrum aus gesehen jenseits des HUANGPU Flusses. Vor zwei Jahrzehnten war PUDONG Ackerland mit ein paar verrotteten Schiffswerften. Heute hat es wohl die größte Dichte an Wolkenkratzern der Welt. Allein schon die logistischen Anstrengungen erheischen große Bewunderung. Auch die Stadtplanung mag mit den modernsten Erfordernissen Schritt zu halten. Doch bei näherem Betrachten stellt sich die Frage, ob sich alle die riesigen Wohnkolonien, Bürotürme und *Shopping Malls* wirklich rechnen.

Volkswirtschaftler bemängeln an der chinesischen Wirtschaftsentwicklung der letzten zehn Jahre, dass sie zu sehr von der Exportproduktion und von der Kapitalgüterinvestition geprägt worden sei. Es sind diese beiden Elemente, die auch am meisten zum beachtlichen chinesischen Wirtschaftswachstum beitragen. Demgegenüber hapert es nach wie vor mit dem privaten Konsum. Es ist dies die Folge von vier Faktoren, die im Mittelpunkt einer kritischen Durchleuchtung des chinesischen Wirtschaftswunders stehen müssen: **traditionelles chinesisches Geschäftsgebaren, staatliche Finanzinstitute, Partikularismus auf Provinz- und Gemeindeebene sowie mangelnde Marktkräfte.**

Zum traditionellen chinesischen Geschäftsgebaren:

Es soll hier nicht darum gehen, in salopper Weise gewisse nationale Charakteristika oder gar genetische Dispositionen zu postulieren. Auffällig ist indessen schon, dass die wirtschaftlichen Erfolge von Chinesen in der Regel im Handel und in Bereichen, in denen ohne große Investitionen in Forschung und Entwicklung

schnell gutes Geld verdient werden kann, zu verzeichnen sind. Dies gilt nicht nur für die Volksrepublik, sondern beispielsweise auch für HONG KONG, wo die großen Vermögen an der Börse und im Immobilienhandel gemacht worden sind. Mit der Geringschätzung von Forschung und Entwicklung gehen einher ein kurzfristiges Profitdenken und die Neigung, sich die Technologien, die man nicht selbst entwickeln kann oder will, durch Übernahmen oder schlicht durch *Produktpiraterie* zu sichern. Ganz offenkundig wird die chinesische Vorliebe für die rasche Umsetzung von Kapital im Bereich der **physischen Infrastruktur**. Im Vergleich mit Indien hat hier China enorme Fortschritte gemacht, während es bei Software-Bereichen und in der Technologieentwicklung hinter Indien einher hinkt. Die Fokussierung auf Kapital- und Immobilienmärkte verstärken sich gegenseitig und führen zu der Fehlallokation von Kapital, die sich jeweils über Jahre hinweg hinter guten Renditen verbergen kann, nur um beim Platzen der Spekulationsblase um so verheerendere Spuren in der Volkswirtschaft zu hinterlassen.

Zu den staatlichen Finanzinstituten:

PEKING drängt unter anderem die Europäische Union darauf, China endlich den Status einer Marktwirtschaft zu gewähren. Es hat dies im Rahmen der internationalen Kreditbewertung wie auch bei WTO-Regeln gewisse Vorteile. Ganz energisch haben sich bisher die USA gegen dieses Begehren gewandt und auch die EU hat die Anerkennung bisher verweigert. Nimmt man den Anteil, den die Privatwirtschaft am gesamten chinesischen Bruttoinlandprodukt hat, so könnte man PEKINGS Begehren einen positiven Bescheid geben. Rund 70 % der chinesischen Wirtschaftsleistung erfolgt im privaten Sektor. Andererseits gibt es wichtige Bedenken, dass China die Kriterien einer Marktwirtschaft im herkömmlichen Sinne erfüllt. Zum einen handelt es sich dabei um die nach wie vor unterentwickelte Rechtsordnung, die sich unter anderem auch bei der Bekämpfung von Patentverletzungen und *Produktpiraterie* bisher als wirkungslos erwiesen hat. Zum andern geht es ganz konkret um die Strukturen des chinesischen Finanzsektors.

Wir haben erwähnt, dass die Reformen von DENG XIAOPING die Chinesen aus dem Zustand der Sklaverei befreit haben. Die Rechtsbefugnisse, welche die Bürger der Volksrepublik heute haben, sind so umfassend wie nie zuvor in der Geschichte der KPC-Herrschaft. Und auch davor gab es nur eine kurze Periode in der Anfangsphase der Republik, da man bei den Rechtsvorgaben von einem höheren Stand ausgehen konnte. Das legal erworbene Privateigentum ist inzwischen gemäß revidierter chinesischer Verfassung gewährleistet. All dies heißt aber noch nicht, dass die Optionen, wie der einzelne Bürger über seinen Besitz verfügen kann, so umfassend entwickelt sind wie etwa in Indien, welches den Status einer Marktwirtschaft voll verdient. In den letzten zehn Jahren haben sich die Möglichkeiten für den einzelnen, sein Vermögen anzulegen, erweitert. Die Chinesen können nun Wohneigentum erwerben und dieses über Hypotheken finanzieren. Sie können Konsumkredite aufnehmen, um dauerhafte Güter zu kaufen. Beides, Hypotheken und Konsumkredite, wurden in den neunziger Jahren eingeführt, um den privaten Binnenkonsum zu fördern. Noch ist die Sparquote viel zu hoch, doch gibt es immerhin mit einem florierenden Aktienmarkt Möglichkeiten, das Ersparte nicht nur unter der Matratze oder auf einem wenig Zinsertrag abwerfenden Sparbüchlein anzulegen. In diesem Zusammenhang ist es nötig, auf eine strukturelle Schwäche im chinesischen Modernisierungsprozess zu verweisen, die nicht mit physischen ökonomischen Faktoren zu tun hat, sondern das Ergebnis einer mentalen Disposition ist. Wir haben wiederholt bemerkt, wie fundamental und rasant der sozioökonomische Wandel vor allem während der letzten zwei Jahrzehnte gewesen ist. Man muss sich immer wieder in Erinnerung rufen, wo China vor dreißig Jahren stand und wo es sich heute befindet. Während jedoch physische Veränderungen sich rasch verwirklichen lassen – man denke etwa an die Infrastruktur oder an Industrieparks –, **dauert es bei mentalen Veränderungen in der Regel wesentlich länger.** Wir dürfen nicht vergessen, dass alle Menschen, welche die „Große Kulturrevolution“ von 1966 bis 1976 bewusst erlebt hatten, die also in diesem Jahrzehnt mindestens ihre Teenager-Jahre erreicht hatten, durch die Katastrophe fürs Leben geprägt wurden. Diese

Menschen, zu denen sich noch die älteren Chinesen gesellen, welche Erinnerungen an den blutigen Bürgerkrieg, an die verheerende japanische Besetzung oder an die Katastrophe des „Großen Sprungs nach vorn“ haben, sind natürlicherweise verunsichert. Ihre Haltung ist, dass man stets für schlimme Zeiten vorbereitet sein muss, etwas auf der Seite haben muss, um für eine neue Katastrophe gewappnet zu sein. Auch die Tatsache, dass nun während rund drei Jahrzehnten das Land, von regional begrenzten Naturkatastrophen abgesehen, keinen nationalen Notstand mehr durchlitten hat, vermag bei diesen Generationen die eingefleischte Skepsis nicht zu beseitigen. Deshalb sparen sie, anstatt dem Drängen der Führung zu konsumieren nachzugeben.

Ein Handicap der Reformen ist die Unterentwicklung des sozialen Sicherungssystems, insbesondere im Bereich der Gesundheitsversorgung und der Alterssicherung. Hier weist der bisherige wirtschaftliche Reformprozess schwerwiegende Lücken auf. Es ist nicht unzutreffend, wenn von chinesischen linksorientierten Kritikern der Wirtschaftsreformen darauf verwiesen wird, dass in früheren Zeiten, ja selbst unter MAO ZEDONG die allgemeine Gesundheitsversorgung in China besser war als heute. Kritiker weisen darauf hin, dass Seuchen wie SARS oder die Vogelgrippe auch wichtige Indizien dafür seien, dass auf dem Land die medizinische Grundversorgung eingebrochen ist.

Bei der Alterssicherung schlägt auch die *Ein-Kind-Politik* negativ zu Buche. **Eine institutionalisierte Altersversicherung gibt es nicht,** kann es in China angesichts der gewaltigen Bevölkerungsmasse auch gar nicht geben. Deshalb ist der Familienverband, der traditionell nach Maßgabe der *konfuzianischen* Pflichtenlehre für das Wohl der Alten aufgekommen ist, nicht mehr in der Lage, die Alterssicherung zu gewährleisten. Dies ist vor allem in den Städten der Fall, wo sich das so genannte „*leere Nest Problem*“ ausbreitet und in vielen Familien die Formel des „*ein-zwei-vier*“ (ein Kind muss sich um zwei Eltern und vier Großeltern kümmern) gilt. Alle diese Faktoren bewegen die Menschen, sich beim Ausgeben des mühsam erworbenen Geldes zurückzuhalten und einen Batzen für Notzeiten auf die Seite zu legen. Es ist dieses

Sparverhalten, das zudem in der chinesischen Mentalität eine traditionelle Grundlage hat, auch verantwortlich dafür, dass Chinesen auf hohe Inflationsraten mit politischer Rastlosigkeit zu reagieren pflegen. Letztmals war dies in den späten achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts der Fall gewesen.

Das solide Sparverhalten führt dazu, dass den staatlichen Finanzinstituten eine willkommene Basis zur zinsgünstigen Kreditaufnahme zur Verfügung steht. Bis zu den jüngsten Liberalisierungen im Bankwesen hatten die Chinesen auch kaum eine Wahl. Es gab zwar verschiedene Banken, doch boten alle denselben Service an, was bedeutete, dass es keinen Anreiz zur Verbesserung des Kundenservice gab. Auf der positiven Seite der jüngsten Finanzreformen ist zu vermerken, dass die Regierung, indem sie einzelnen Banken zur Kapitalaufnahme den Börsengang gestattete und bei einzelnen Finanzinstituten auch den Einstieg von ausländischen Investoren zuließ, auf dem weichen Wege eine Erneuerung des Bankwesens anstrebt. Durch die Börsengänge und durch die ausländischen Investitionen soll dem Kunden gezeigt werden, dass es Banken von unterschiedlicher Qualität gibt. Der Sparer hat damit zumindest die bescheidene Möglichkeit, durch seine Diskretion bei der Wahl des Finanzinstituts einen die Dienstleistungsqualität befördernden Wettbewerb zu stimulieren.

Während an der Front des Kleinkundengeschäfts der Banken somit gewisse Verbesserungen registriert werden können, sieht es im Makrobereich erheblich weniger rosig aus. Gemäß erhältlichen Statistiken haben die vier großen Staatsbanken bisher kaum je an private Unternehmer Geld ausgeliehen. Vielmehr beschränkt sich ihr gewaltiges Kreditportfolio auf den staatlichen Sektor. Dies, obschon wie erwähnt, über zwei Drittel der chinesischen Wirtschaftsleistung heute vom privaten Sektor erbracht werden. Es ist dies ein Indiz dafür, dass im Finanzsektor das Erbe der staatlichen Planwirtschaft noch lange nicht überwunden ist, ja dass es, so lange die KPC die totale Macht besitzt, auch gar nicht überwunden werden kann.

Was steht dahinter? Im makroökonomischen Bereich hatten die Reformen von DENG

XIAOPING eine substantielle Reduktion des staatlich kontrollierten Wirtschaftssektors gebracht. Unzählige der unprofitablen, an den Bedürfnissen des Marktes vorbei produzierenden und technologisch veralteten Industriekonglomerate wurden entweder stillgelegt oder aufgesplittert und an neue, nach kapitalistischen Kriterien operierende Unternehmensführungen abgegeben. Ziel war es, die industrielle Basis des Landes zu modernisieren und den Abfluss von staatlichen Geldmitteln zu reduzieren. Zu dem Reformprozess gehörte auch die Errichtung neuer Investitionsgesellschaften, die teilweise auf provinzieller Ebene mit Staatsgeldern etabliert wurden und die sich danach auf den Kapitalmärkten engagierten. **Im Grunde genommen war dies ein Umbau einer vom Staat total kontrollierten Wirtschaftsordnung in eine solche, die zwar nach wie vor den Staat als Hauptakteur hatte, in der aber die Unternehmen nach privatwirtschaftlichen Kriterien zu operieren hatten.** Industriekombinate, wie sie im Ostblock üblich waren, die sich überhaupt nicht um die Einkommenseite zu kümmern hatten und die deshalb auf ewig am Tropf der Staatssubventionen hingen, sollten durch Unternehmen ersetzt werden, die den ausdrücklichen Auftrag hatten, auf dem ihnen gewährten Kapital Gewinn zu erwirtschaften.

Im Verlaufe dieses Prozesses kam es zu weit reichenden Restrukturierungen, die zunächst einmal für den Arbeitsmarkt nachteilige Folgen zeitigten. Millionen von Menschen verloren ihren Arbeitsplatz, da zur Ineffizienz der alten Staatswirtschaft die viel zu hohen Arbeitskräftebestände gehörten. Diese Redimensionierungen verursachten erheblichen Schmerz, da es bei den Staatsbetrieben nicht nur um das Salär, sondern auch um die viel wichtigeren Seitenbenefizien ging (vom betriebseigenen Kindergarten, über die betriebliche Alters- und Krankenvorsorge bis zur vom Betrieb bereit gestellten Wohnung und zu besonderen Einkaufsmöglichkeiten). Wenn jemand in solch einem Betrieb entlassen wurde, so verlor er nicht nur seinen Arbeitsplatz, sondern auch die ganzen Grundlagen seiner bisherigen, altvertrauten Existenz. Erschwerend kam noch hinzu, dass es sich bei diesen von der Restrukturierung Betroffenen sozusagen um die Elite der arbeitenden Klasse im KPC-Staat gehandelt hatte.

Im Verlauf der Reformen wurden selbstverständlich neue Arbeitsplätze geschaffen, die von den neuen Industrien und Dienstleistungen in der modernen Volkswirtschaft bereitgestellt wurden. Oft war der Übergang nach chinesischer Pragmatik fließend. Das Management der vom Staat zur Schließung bestimmten Unternehmung verteilte die Assets unter den Mitarbeitern und diese konnten mit der Abfindung eine neue Existenz gründen oder sich gar selbständig machen. Allerdings war dies nicht in allen Fällen erfolgreich und der Staat musste Millionen von Entlassenen mit sozialstaatlichen Hilfen abfinden. Zugleich war der PEKINGER Führung auch klar, dass man mit den Restrukturierungen nicht beliebig weit gehen konnte, ohne dass dies nicht destabilisierende soziale Spannungen zur Folge haben würde. Ein zu zahlreiches Heer von Verlierern musste zu einer Gefahr für die Reformen an sich werden. Aus diesem Grunde wurde auch die Umstrukturierung nicht durch alle Staatsbetriebe durchgezogen.

Damit kommen wir zurück zur Problematik der Staatsbanken. Als sich zwei der vier großen Banken, die BANK OF CHINA und die INDUSTRIAL AND COMMERCIAL BANK OF CHINA, auf den **Börsengang** vorbereiteten, wurde ihnen je 22,5 Milliarden US-Dollar aus den Devisenreserven zum Abbau der schwer auf ihren Büchern lastenden faulen Kredite überwiesen. Dies hat gemäß den öffentlich zugänglichen Statistiken die Summe der Problemkredite in diesen Banken auf ein international akzeptables Niveau reduziert. Die Frage ist, welche neuen Problemkredite seither ihren Weg ins chinesische Bankensystem gefunden haben. Auf der einen Seite sind die großen chinesischen Staatsbanken nach wie vor in unprofitablen Staatsbetrieben exponiert, die nach wirtschaftlichen Kriterien längst geschlossen gehörten, die aber aus strategischen, wirtschaftspolitischen oder systempolitischen Gründen weiterhin am Leben gehalten werden. Es ist in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass bei der Aushandlung von Krediten zwischen einer staatlichen Bank und einem staatlichen Unternehmen nicht die im westlichen Kommerzgeschäft üblichen Bewertungskriterien gelten. Mit dabei sind stets die Interessen der Partei. Diese Interessen können makroökonomischer Natur sein, indem man sich entscheidet, ein Konglomerat am

Leben zu erhalten, weil es in einem wirtschaftlich schwierigen Landesteil eine wichtige Rolle auf dem Arbeitsmarkt spielt und deshalb Massenentlassungen zu schweren sozialen Verwerfungen führen könnten. Es sind dies Überlegungen, die in ähnlicher Weise zuweilen auch in westlichen Industriestaaten eine Rolle spielen können.

Ein zweiter Grund für die Einflussnahme der Partei sind deren finanzielle Interessen, die durchaus nicht auf der obersten Führungsebene in PEKING angesiedelt zu sein brauchen. Es gibt **machtvolle Lokalinteressen** und die Trennlinie zwischen legitimem, legalem Geschäft und Korruption ist hier oft verschwommen. Es mag diese Unklarheit auch beim tiefen Sturz des ehemaligen SCHANGHAIER Parteichefs CHEN LIANGYU eine Rolle gespielt haben. Natürlich ging es in jenem konkreten Fall in erster Linie um einen parteiinternen Machtkampf zwischen der SCHANGHAIER Clique, die während der Zeit der dritten Führungsgeneration das Sagen hatte und den Seilschaften von HU JINTAO, dem Parteichef der vierten Führungsgeneration. Doch darüber hinaus tat CHEN das, was viele Parteilobbenzen auf regionaler Ebene tun und was nach Meinung der chinesischen Öffentlichkeit inzwischen auch praktisch die Norm ist, er bediente nämlich seine Klientel und seinen Klan und hielt sich an staatlichen Assets schadlos. Immense Summen werden von den staatlich kontrollierten Finanzvehikeln in Projekte investiert, die von zweifelhaftem kommerziellem Wert sind. Es mag sich dabei um mehr oder weniger selbstlose Prestigeprojekte, aber auch um eine sehr selbstsüchtige Selbstbedienung aus den nationalen Ressourcen handeln. Es kann vor diesem Hintergrund davon ausgegangen werden, dass **im staatlichen Finanzsystem noch etliche unliebsame Überraschungen verborgen sind**, die in einer unbestimmten Zukunft an die Oberfläche kommen könnten. Die Führung ist nicht ohne Grund über den Aufbau einer gefährlichen Spekulationsblase an der Börse und auf dem hochwertigen Immobilienmarkt besorgt, da das Platzen einer solchen Blase weit reichende soziale Konsequenzen haben und gar zur politischen Destabilisierung des Landes führen könnte. Als die Spekulationsblase 1989 in Japan platzte, war dies ein rein ökonomisches, nicht jedoch ein systemrelevantes Ereignis, zu dem es im Falle Chinas ohne Zweifel werden würde.

Die ganze finanzielle Vernetzung zwischen Staatsunternehmen, Staatsbanken, staatlichen Investitionsfonds, der Partei, lokalen Kadern, Bürokraten und Klientelen zeigt, was auf dem Spiele steht. Wenn zuweilen Überlegungen angestellt werden, wie sich China politisch modernisieren könnte, so gilt es, diese **gewaltige Interessenkoalition** in Betracht zu ziehen. Im Falle der Finanzmacht der Partei, die sie indirekt über die staatlichen Finanzvehikel ausübt, handelt es nach dem stürmischen Wirtschaftswachstum der letzten Jahre um gewaltige Summen. Man kann wahrscheinlich davon ausgehen, dass über diese mehr oder weniger direkten Holdings der KPC diese die bei weitem reichste Organisation der Welt ist. Dass man so etwas leichtfertig aus den Händen gibt, darf bezweifelt werden. Mit anderen Worten heißt dies, dass mit dem Fortdauern des Reformprozesses und dessen weit reichenden wirtschaftlichen Implikationen die Wahrscheinlichkeit, dass es in China je zu einer durchgreifenden politischen Modernisierung kommen kann, die sich explizit gegen die Interessen der Partei richtet, immer geringer geworden ist. Nochmals: zur Solidität des chinesischen Banken- und Finanzsystems tragen all diese Sachverhalte mit Sicherheit nicht bei.

Zu den mangelnden Marktkräften:

Es ist bereits erwähnt worden, dass es gewichtige Gründe vor allem im chinesischen Finanzsektor gibt, um die Bedenken derjenigen, die China noch nicht den Status einer Marktwirtschaft zuerkennen wollen, zu unterstützen. Es gilt natürlich auch für die entwickelten westlichen Industrienationen, dass sie in manchen Wirtschaftsbereichen Mechanismen kennen, die mit einer funktionierenden Marktwirtschaft unvereinbar sind. Man denke beispielsweise an die Agrarpolitik in manchen EU-Staaten oder an den völlig unzureichenden Wettbewerb im Schweizer Finanzsektor. Weshalb soll es deshalb gerechtfertigt sein, China, nur weil es nicht alle Kriterien einer Marktwirtschaft erfüllt, gleich generell den Status einer Marktwirtschaft vorzuenthalten? Die Antwort auf diese Frage findet sich in der Natur der chinesischen Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen.

Dass China, das ja in wesentlichen Bereichen nach wie vor ein Entwicklungsland ist, in einzelnen Sektoren nicht marktkonforme staatliche Interventionen akzeptiert, kann nicht als Argument gegen die Anerkennung seines Status als Marktwirtschaft vorgebracht werden. Vielmehr geht es um viel Grundsätzlicheres. China hat im Gefolge von DENG XIAOPINGS Reformen sich sehr weitgehend gegenüber der Außenwelt geöffnet. Es hat aber diesen Öffnungsprozess, sehr wohl unter Duldung der ausländischen Akteure, **ohne durchgreifende Transparenz** vollzogen. Man braucht dabei nicht einmal primär an den Insiderhandel an den chinesischen Börsen oder an die Fragwürdigkeit von chinesischen Statistiken zu denken. Nein, **es geht um die Abwesenheit jeglicher unabhängiger Kontrollorgane im Reich der Mitte.** Es fehlt hier wirklich an allem, an einem unabhängigen Parlament, an einer unabhängigen Rechtssprechung, an unabhängigen Richtern, an unabhängigen Medien und an unabhängigen Buchprüfern. Die Häufung dieser Defizite ist so eklatant, dass Chinas Manko wirklich nicht mit den ordnungspolitischen Sündenfällen in Staaten verglichen werden kann, die den Status einer Marktwirtschaft besitzen.

Die ganze Problematik der mangelnden Transparenz, der mangelnden unabhängigen Kontrolle wird noch dadurch akzentuiert, dass es sich um einen Einparteienstaat handelt und dass in der alles dominierenden KPC es keine wirklichen Kontrollmechanismen gibt. Zwar ist viel die Rede von einer Demokratisierung an der Basis der KPC, doch über die relevanten Gremien in dieser Riesenpartei wacht niemand. Diese Allmacht, die sich auf das Politbüro und dessen Ständigen Ausschuss zuspitzt, bedingt, dass in Schlüsselbereichen wie der Preis- oder der Währungspolitik nach wie vor allein das Diktat der Partei den Ausschlag gibt. Es fällt auf, dass viele westliche Chinaprotagonisten sich leichtfertig der Illusion hingeben, in China würde in der Wirtschaft immer mehr vom Markt und immer weniger vom Apparat der Gang der Dinge bestimmt. Darob geht vergessen, dass **in Tat und Wahrheit auch heute das absolute Primat der Politik über die Wirtschaft, der Partei über die Marktkräfte gilt.** Bei allen wirtschafts- und strukturpolitischen Entscheiden,

